

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Ausschnitt aus dem Schwarzen Block der Demo am Samstag,
den 4. 11 in Berlin, Hauptstadt der DDR

VORWORT

Ist das Titelblatt dieser Ausgabe sexistisch? Oder handelt es sich um eine semantische Reduktion ohne ideologisches Gewicht?

Auf der letzten Redaktionssitzung haben wir heftig gestritten.

"Anarchie ist machbar, HERR Nachbar" ?!

Wo sind die NachbarINNEN ?!

Nun, wir müssen die Frage weitergeben, an die Transparent-TrägerInnen im Schwarzen Block der Samstagsdemo in Ost-Berlin.

Wir können das so aus der Ferne von jenseits der Mauer auch nicht beeinflussen wenn die GenossInnen in der DDR die HERREN Nachbarn für uneinsichtiger halten als die Frauen nachbarinnen und diese auf ihrem Transparent nochmal mit Nachdruck ansprechen.

Aber schließlich: wir das doch nicht so stehen lassen, als ob wir nix gemerkt hätten?! Die mühsam erkämpfte grammatische Präsens der Frauen im öffentlichen Sprachraum fällt hintenrunter, und das auf dem Titelblatt des autonomen Westberliner Infos!

Wir haben verschiedene Möglichkeiten diskutiert: Retuschieren des Transparentes, Versehen mit einem Sternchen und Ergänzen bzw. Kommentieren im Vorwort.

Aber wie dann? "Anarchie ist machbar, FRAU Nachbar" ? Geht nicht. Wenn schon, dann "FRAU NachbarIN", aber das reimt sich nicht mehr. Bleibt nur, "Anarchie ist machbarIN, Frau NachbarIN". Hat uns alles nicht überzeugt. Also lassen wirs so stehen, als Dokument der Zeit.

Im Ernst mal. Wir haben bei unserem Streit gemerkt, daß wir vorsichtig sein müssen, die Positionen und politischen Zielvorstellungen, wie sie jetzt in der DDR formuliert werden, nach dem Stand UNSERER Diskussionen zu bewerten. Ob sie fortschrittlich sind, d.h. eine emanzipatorische Kraft entfalten und ein Schritt in die Richtung einer befreiten Gesellschaft sind, läßt sich nur aus der Logik der historischen Entwicklung in der DDR selbst beurteilen. Da ist uns sicherlich vieles schwer verständlich. Gibt es wenig Sensibilität für patriarchale Strukturen oder drücken sie sich nur anders aus als wir das kennen? Wenn auch für die Linke in der DDR die sogenannten bürgerlichen Freiheiten wie freie Meinungsäußerung oder freie Wahlen so eine zentrale Rolle spielen (siehe die Beiträge in den letzten Ausgaben), erliegen sie dann auch der West-Ideologie oder ist das für sie ein notwendiger Schritt, dessen Bedeutung wir aus unserer Situation heraus kaum ermessen können? Das soll kein Plädoyer dafür sein, standpunktlos über die Mauer zu starren, wohl aber die Frage aufwerfen, mit welchem eigenen Interesse wir die Veränderungen in der DDR und darin die Neuformulierung linker Positionen betrachten. In dem Moment, wo es uns auch darum geht, Möglichkeiten für zukünftiges gemeinsames Handeln zu suchen, können wir uns nicht mehr damit begnügen, daß die vertretenen Positionen aus der historischen Situation heraus verstehbar und folgerichtig sind. Da geht es dann auch konkret darum, wogegen und wofür kämpfen wir gemeinsam.

Aber die Suche nach gemeinsamen Handlungsperspektiven darf nicht zum Versuch politischer Bevormundung werden.

INHALT

S. 3 - 7	DDR
8 - 9	Uni
10 - 11	Autonomes Frauenhaus
12	Mietspiegel
13 - 22	Wohnungsnot und Mietkampf in Westberlin
24 - 26	Antwort an Geronimo
27	intern. Frauenwiderstandstag
28	Kaffee
29	Volxsport
30 - 31	Pudding und Bier
32 - 35	Bericht zum Jugendknast
36 - 37	Zur Aussageverweigerung
38	Durchsuchung wegen "radikal"

2

im Ordner, M 99:

das 20-seitige "Info2" der Antifa-Soligruppe aus HH, der vollständige Bericht zur "Jugendarrestanstalt Berlin", ein "offener Brief" aus Tegel, ein Flugli des Intern. Zentrums, ein Test zu zwei franz. Militanten, und noch zwei Flugblätter aus Hamburg.

nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

FLUGIS VON DER GROßDEMO IN OST-BERLIN

Der Sozialismus wird *frei* sei

oder er wird *nicht* sein!

Die Alltagsmaschine zermalmt uns zwar, doch immunisiert sie uns zugleich gegen Ekel, Haß und Verzweiflung. wir spüren sie nur in kurzen Augenblicken, wenn wir nichts zu tun haben und zugleich auch nicht konsumieren können. Am Morgen freuen wir uns auf den Abend, am Montag auf den Freitag, am Ende der Ferien auf die nächsten Ferien. Wir geben der Maschine zwar unsere Zeit und Energie, aber sie verschafft uns dafür (je nach Lohn) eine ganze Menge von Genüssen. Der Überdruß steckt uns im Hals. Wir spüren schon lange, daß der alte Deal faul geworden ist, immer schon faul war. Die Illusionen des Konsums, der Technik, der "modernen" Industriegesellschaft im Allgemeinen, zerbröckeln. Warum steigen wir nicht aus? Hat die Maschine uns endgültig verschluckt?

Welche Möglichkeiten haben wir, uns selbst zu verwirklichen?

Wodurch werden wir dabei behindert?

Mit welchem Recht verfügt der Staat über das ~~Monopol der politischen Macht, das Gewaltmonopol, die~~ Wirtschaft und die Bildung unserer Kinder?

Dadurch wird unsere Bevormundung zementiert.

Wie können wir uns gegen das Machtmonopol des Staates wehren?

Ist uns geholfen, wenn die SED Reformen durchführt?

Wie können wir verhindern, daß wir uns in ein paar Jahren einer ähnlichen Situation wie der heutigen gegenüber sehen? Wie können wir unser Recht auf Selbstbestimmung geltend machen?

Wir wollen Verantwortung für unser Leben und unser Land tragen. Wir denken, daß das unter den bisherigen Bedingungen unmöglich ist.

Wir wollen deshalb die:

- Entflechtung von Wirtschaft und Politik
- die Dezentralisierung der Wirtschaftsstrukturen
- Möglichkeiten der Arbeiterselbstverwaltung
- Kontrolle der Produktion, der Gehälter, der Leitungen mit Hilfe unabhängiger Gewerkschaften
- Möglichkeiten direkter Demokratie durch Volksversammlungen, Volksentscheid, o. ä.
- Organisaation der Gesellschaft in überschaubaren Einheiten
- Verwirklichung, Demonstrationsrecht und Versammlungs- und Vereinigungs-freiheit
- Verwirklichung von Streikrecht
- starke Einschränkung und Kontrolle der staatlichen Gewaltausübung durch die Bevölkerung
- Neuorganisation des Bildungswesens und Schaffung von Strukturen der Selbstbestimmung von Schülern und Eltern
- Presse- und Informationsfreiheit.

Für eine Selbstorganisation in allen Bereichen der Gesellschaft!



telegraph

Fiktuelle Blätter der Umwelt-Bibliothek Berlin
Griebenowstrasse 16, Berlin 1058

Flugblatt

4. November 1989

BLEIBT AUF DER STRASSE!

bleibt auf der strasse.

jedwedes gespräch ist ein austausch von fertigkeiten und schlägen. der scheinbare versuch ein gerede zu führen zwischen ohnmacht und machtgeil verkleckert im apparat systematisch. kein obermaier ändert sich außer aus angst. "seine gedanken sind" stets "von sorge erfüllt" (wie er nun sagt) aber um nichts als die eigene stellung. also bleibt auf der strasse bis er erkennt was feststand von je her - DER STAAT SIND WIR ODER WAS. die strasse ist die stärke der ohnmacht. jeder eingriff in den friedlichen umzug ob mit gewalt oder vorgeschobener diplomatie ist ein eingeständnis der schwäche. also ein anfang. doch nur endgültig geschwächt ändert sich etwas. alles vorhergehende ist versuch den oberen teil des gefüges im üblichen zustand zu halten. das hōrsaalgeschwafel ist mittel herrschsüchtiger die weder weiterdenken noch wirkung wollen. ihr element ist eine tote sprache. keine anerkennbare "führungsrolle" eher ein an krankheit grenzender führungswille sich äußernd in der plötzlichen betonung von "gemeinsamkeiten" vor denen sie sich vorher zu schützen wußten. wir brauchen keine "gemeinsame kraft um zu lernen". wir brauchen keinen "dialog" führen mit denen die nie ein Verhältnis hatten zu dem was sie "volk" oder "abschaum" nennen je nach belieben. wir dürfen nicht vergessen - DIE HABEN SCHLAGEN LASSEN. die haben besonnenheit nötig. nicht wir. mit denen darf man nicht reden. die müssen einsehen was not tut und umsetzen ohne zank.

bleibt auf der strasse bis die endgültig das harte begreifen spüren ohne schummeln zu können.

leipzig, den 16.10.89

johannes jansen

In eigener Sache

Der "telegraph" ist ein innerkirchliches Informationsblatt. Wir möchten aber gern eine öffentliche Zeitschrift werden und mit besserer Technik und in einer den Anfragen entsprechenden Auflage in die Kioske kommen. Das wird aber nach unserem Anspruch an Journalismus und Kritik nur im Rahmen eines halbwegs freien Pressegesetzes und ohne Zensur möglich sein. Zum gegenwärtigen Profil des "telegraph":

Der "telegraph" möchte kein "Organ" irgendeiner Partei oder Gruppe sein, nicht einmal der Umwelt-Bibliothek Berlin. Wir sagen natürlich unsere eigene Meinung, versuchen aber kritischen Journalismus zu machen, nämlich ein möglichst umfassendes und sachliches Bild der jeweiligen Situation im Lande zu vermitteln, soweit wir sie erfassen können.

Uns fehlt natürlich ein Korrespondentenapparat und der Zugang zu Agenturen, wie ihn die offiziellen Medien haben. Wir können unser Blatt nur durch Informationen aus dem Leserkreis machen. Alle können durch ihre Informationen und ihre Kritik dazu beitragen, daß der "telegraph" besser wird. Natürlich gibt es durch diese Art von Informationsbeschaffung eine Reihe von Fehlerquellen, von Irrtümern bis zu falschen Angaben. Trotzdem wir uns um Verifizierung bemühen, ist das oft nicht auszuschalten. Ein Info-Blatt ist halt keine Dokumentation. Nach Möglichkeit möchten wir solche Fehler aber später korrigieren und fordern die Leser auf, uns dabei zu helfen.

Weil unsere Technik veraltet ist, können wir derzeit die Nachfrage der Leser nicht befriedigen.

POSITIONSPAPIER ZUR BILDUNG EINER TRANSRADIKALEN LINKEN FÖDERATIVE

Ende September 1989 trafen sich in der Hauptstadt Friedrichshain Vertreter verschiedener Geschmäcker und anderer fortgeschrittener Tendenzen. Hierbei stellten wir freiwillig, noch im Vollbesitz unserer geistigen Kräfte, fest, daß die sich hinschleppenden Reförmchen in einigen Ländern, sprich: die Selbsterneuerung von Staatsdoktrin, sehr wenig unserer Auffassungen vom Leben entsprechen. Angesichts unseres Zustandes halten wir eine subversive Verunstaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation für unerläßlich. Aus unseren Maximalforderungen erarbeiteten wir folgenden Minimalkonsens:

- Da wir keine Voksvertreter anerkennen, können wir auch keine absetzen, geschweige denn selbst welche werden.
- Druckposten sind Dreckposten.
(Das Kenntlichmachen destruktiver Elemente mittels grüner Anzüge soll beibehalten werden.)

FRIEDRICHSHAIN IST AUTONOM!

- Autonomie ist Frieden, Anarchie und Ausschlafen
- Die offenen Grenzen bleiben offen
- Der Grenzstatus zum befreundeten Kreuzberg wird von uns überprüft. Er bedarf einer Änderung.

Autonomie aber wie?

- * Das öffentliche Blasen von Trübsal in Hauptstädten, Hauptbahnhöfen und Hauptstraßen hat überhand genommen.
Wir meinen, es reicht!
Jetzt ist Fun dran! (Just for Fun)
- * Kommunikationszentren und andere gemütliche Kneipen sollen offen bleiben, solange sie wollen, jedoch mindestens solange wir wollen.
- * Gesetze werden je nach Bedarf außer Kraft gesetzt. Als einziges neues Gesetz wird ein Bierpreisbindungsgesetz eingeführt.
Bisher zu Überpreisen gehandeltes oder qualitativ minderwertiges Bier wird solange zum Nulltarif verteilt, bis es alle ist.
- * Der völlig unzureichende Bewuchs der Grünanlagen, Höfe und Straßenränder muß durch exzessive Bepflanzung mit Cannabis verbessert werden. Wildwuchs und Schönheit, große Blattfläche und vielfältige Nutzbarkeit dieser Pflanze werden sich entscheidend positiv auf unseren Alltag auswirken.
- * Der Zuzug ausländischer Freunde ist erwünscht.
- * Auswanderungsgeile dürfen ohne zu fragen in jede Richtung.
- * Verweigerung ist prima Ehrendienst.
- * Liebe ist freiwillig, unabhängig und dezentral.

Wir wollen nicht, daß andere uns nicht wollen. Ansonsten sind wir für jeden Blödsinn zu haben. Dabei werden wir von Vorschriften, Konsum und Konventionen terrorisiert. Das ist der Krieg gegen uns.

Wenn wir uns ihren klebrigen Fäden entziehen, sind sie machtlos.

Für einen autonomen Friedrichshain!
Anarchie bleibt!
Gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus!
Patriarchen und Schwätzer raus!
Prost!

DIE FRÖLICHEN FRIEDRICHSHAINER FRIEDENSFREUNDE

Fr Fr Fr Fr

1. AUTONOMES FRAUENHAUS WEST-BERLIN

WIR FORDERN:

- 50% der Wohnungen für Frauen
- Beschlagnahme von leerstehendem Wohnraum
- Wiedereinführung der Mietpreisbindung
- schnelle richterliche Zuweisung der Wohnung an mißhandelte Frauen und deren Kinder
- Beweislastumkehr bei Mißhandlung im Zivilprozeß gem. §1565, 2 BGB
- Wohnberechtigungsschein mit Dringlichkeit auch für Frauen ohne Kinder
- Erleichterung bei der Zusammenlegung von WB-Scheinen.
- unbürokratische Bereitstellung von Kita-Plätzen für Kinder mißhandelter Frauen

WIR FORDERN FRAUEN-RÄUME:

- für Frauen mit ihren Kindern
- für wohnungslose Frauen
- für Frauen in psychischen Notlagen
- mit einem differenzierten Angebot von therapeutisch betreutem Wohnen
- für Zufluchtswohnungen in allen Bezirken

WIR FORDERN:

- unabhängiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen
- Asyl für sexistisch Verfolgte
- generelle Erleichterung der Arbeitserlaubnis für ausländische Frauen

WIR FORDERN:

- Anerkennung der Gewalt in der Familie als Officialdelikt
- Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe

SPENDENKONTO: Förderverein "Die alltägliche Wut"

Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 100 101 11
Kto-Nr: 1544659600

V.i.S.P.: Virginia Woolf
Hedwigstr. 1
1000 Berlin 41

Gegen Männergewalt -

Frauenhäuser

Gegen Männergewalt -

Zufluchtswohnungen

Wegen Männergewalt -

Obdachlosigkeit

Wir machen diese Aktion, um Antworten auf dieses Fragezeichen zu finden.

POSITIONSPAPIER ZUR BILDUNG EINER TRANSRADIKALEN LINKEN FÖDERATIVE

Ende September 1989 trafen sich in der Hauptstadt Friedrichshain Vertreter verschiedener Geschmäcker und anderer fortgeschrittener Tendenzen. Hierbei stellten wir freiwillig, noch in Vollbesitz unserer geistigen Kräfte, fest, daß die sich hinschleppenden Reförmchen in einigen Ländern, sprich: die Selbsterneuerung von Staatsdoktrin, sehr wenig unserer Auffassungen vom Leben entsprechen. Angesichts unseres Zustandes halten wir eine subversive Verunstaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation für unerlässlich. Aus unseren Maximalforderungen erarbeiteten wir folgenden Minimalkonsens:

- Da wir keine Voksvertreter anerkennen, können wir auch keine absetzen, geschweige denn selbst welche werden.
- Druckposten sind Dreckposten.
(Das Kenntlichmachen destruktiver Elemente mittels grüner Anzüge soll beibehalten werden.)

FRIEDRICHSHAIN IST AUTONOM!

- Autonomie ist Frieden, Anarchie und Ausschlafen
- Die offenen Grenzen bleiben offen
- Der Grenzstatus zum befreundeten Kreuzberg wird von uns überprüft. Er bedarf einer Änderung.

Autonomie aber wie?

- * Das öffentliche Blasen von Trübsal in Hauptstädten, Hauptbahnhöfen und Hauptstraßen hat überhand genommen.
Wir meinen, es reicht!
Jetzt ist Fun dran! (Just for Fun)
- * Kommunikationszentren und andere gemütliche Kneipen sollen offen bleiben, solange sie wollen, jedoch mindestens solange wir wollen.
- * Gesetze werden je nach Bedarf außer Kraft gesetzt. Als einziges neues Gesetz wird ein Bierpreisbindungsgesetz eingeführt.
Bisher zu Überpreisen gehandeltes oder qualitativ minderwertiges Bier wird solange zum Nulltarif verteilt, bis es alle ist.
- * Der völlig unzureichende Bewuchs der Grünanlagen, Höfe und Straßenränder muß durch exzessive Bepflanzung mit Cannabis verbessert werden. Wildwuchs und Schönheit, große Blattfläche und vielfältige Nutzbarkeit dieser Pflanze werden sich entscheidend positiv auf unseren Alltag auswirken.
- * Der Zuzug ausländischer Freunde ist erwünscht.
- * Auswanderungsgeile dürfen ohne zu fragen in jede Richtung.
- * Verweigerung ist prima Ehrendienst.
- * Liebe ist freiwillig, unabhängig und dezentral.

Wir wollen nicht, daß andere uns nicht wollen. Ansonsten sind wir für jeden Blödsinn zu haben. Dabei werden wir von Vorschriften, Konsum und Konventionen terrorisiert. Das ist der Krieg gegen uns.

Wenn wir uns ihren klebrigen Fäden entziehen, sind sie machtlos.

Für einen autonomen Friedrichshain!
Anarchie bleibt!
Gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus!
Patriarchen und Schwätzer raus!
Prost!

DIE FRÖLICHEN FRIEDRICHSHAINER FRIEDENSFREUNDE

Fr Fr Fr Fr

1. AUTONOMES FRAUENHAUS WEST-BERLIN

WIR FORDERN:

- 50% der Wohnungen für Frauen
- Beschlagnahme von leerstehendem Wohnraum
- Wiedereinführung der Mietpreisbindung
- schnelle richterliche Zuweisung der Wohnung an mißhandelte Frauen und deren Kinder
- Beweislastumkehr bei Mißhandlung im Zivilprozeß gem. §1565, 2 BGB
- Wohnberechtigungsschein mit Dringlichkeit auch für Frauen ohne Kinder
- Erleichterung bei der Zusammenlegung von WB-Scheinen.
- unbürokratische Bereitstellung von Kita-Plätzen für Kinder mißhandelter Frauen

WIR FORDERN FRAUEN-RÄUME:

- für Frauen mit ihren Kindern
- für wohnungslose Frauen
- für Frauen in psychischen Notlagen
- mit einem differenzierten Angebot von therapeutisch betreutem Wohnen
- für Zufluchtswohnungen in allen Bezirken

WIR FORDERN:

- unabhängiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen
- Asyl für sexistisch Verfolgte
- generelle Erleichterung der Arbeitserlaubnis für ausländische Frauen

WIR FORDERN:

- Anerkennung der Gewalt in der Familie als Officialdelikt
- Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe

SPENDENKONTO: Förderverein "Die alltägliche Wut"

Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 100 101 11
Kto-Nr: 1544659600

V.i.S.P.: Virginia Woolf
Hedwigstr. 1
1000 Berlin 41

10

Gegen Männergewalt -
Frauenhäuser

Gegen Männergewalt -
Zufluchtswohnungen

Wegen Männergewalt -
Obdachlosigkeit ?

Wir machen diese Aktion, um Antworten
auf dieses Fragezeichen zu finden.

Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen sollen für mißhandelte Frauen und deren Kinder Schutzraum vor den Mißhandlern sein und gleichzeitig ein Ort der Entspannung und Selbstfindung, um Alternativen zu dem bisherigen Leben entwickeln zu können – mit Hilfe der anderen Frauen und fachlich qualifizierter Mitarbeiterinnen. Der Aufenthalt hier soll nur ein vorübergehender sein.

Die Frau, die zu uns kommt . . .

Sie hat Angst, sie weiß nicht, wie's weitergeht – sie hat nichts mehr.

Was ist mit ihren Sachen, ihren Papieren, den Bildern ihrer Kinder, deren ersten "Gemälden"? Kein Handtuch, nicht mal eine Zahnbürste – von dem kleinen Radiogerät ganz zu schweigen. Sie gibt alles auf : Sie hat Mut.

Gewalt hat sie krank gemacht. Sie will raus aus dem Kreis von "Liebe/Gewohnheit/Terror/Gewalt". Ihr Ziel: Frauenhaus und eine neue Wohnung.

Und dann kommt sie ins Frauenhaus und das ist so voll. Sie denkt: "Wie soll ich denn mit meinen 2 Kindern und den beiden anderen Frauen mit 3 Kindern in einem Zimmer leben?" Aber es muß gehen, sie will nicht zurück. Erst mal zur Ruhe kommen und gucken. Einige der anderen Bewohnerinnen sind ja auch ganz nett.

Sie lebt sich ein, muß sich mit den anderen auseinander setzen – manchmal sind das richtig giftige Zänkereien. Die Kinder sind unruhig, wachen nachts von fürchterlichen Träumen auf – sie übrigens auch. Und ständig ziehen neue Frauen ein, die dann nach einer Nacht manchmal schon wieder weggehen. Dafür sind andere schon ein Jahr und länger hier: sie finden keine Wohnung. Ach ja, die Wohnungsnot ...

Sie hat ein großes Bedürfnis nach einem Ort, an dem sie in Ruhe ihre Dinge, ihr Leben ordnen kann. Aber wo soll sie ihn finden? Wenn doch nicht immer Neue kämen.

Sie versucht, einen Platz in einer Zufluchtswohnung zu bekommen, aber die haben ganz lange Wartelisten. Dort bleiben Frauen auch viel zu lange, weil es keine Wohnungen für sie gibt.

Keine Möglichkeit – und dabei hatte sie eine so schöne Wohnung: 3 Zimmer, Bad und Balkon. Und sie denkt, das ist verdammt ungerecht, daß dieser Typ dort in der Wohnung hockt und sie mit den Kindern obdachlos ist. "Der muß raus, das muß doch gehen!" Die Mitarbeiterinnen im Frauenhaus und ihre Anwältin sagen ihr, daß dies rechtlich möglich ist. Es kann aber sehr lange dauern. Außerdem nehmen die Richter die Aussagen von Frauen selten ernst und überlassen die Wohnung dem Mißhandler.

NEUER MIETSPIEGEL IN WEST-BERLIN

Erhebliche Mietsenkungen

in ofenbeheizten Wohnungen der Zwanziger Jahre ohne Badewanne

Die größten Westberliner Mieterinnen- und Hauseigentümervereine, der Westberliner Senat und einschlägige Institute für Meinungsforschung und -verdrehung haben gemeinsam einen **Mietspiegel** erstellt, der ab nächsten Januar unsere Wohnkosten noch weiter hochschrauben soll. Mit der Veröffentlichung ihres Zahlenwerks lassen die Herrschaften sich Zeit. Schließlich wollen sie ja auch damit rötlich-grüne Politik verkaufen, und das muß erst noch gründlich propagandamäßig vorbereitet werden. Zur Zeit versuchen sie, den Schwesterpartei in der BRD ihre Mietpolitik als Knüller für den Bundestagswahlkampf 1990 schmackhaft zu machen.

Damit wir nicht unvorbereitet sind, wenn die Herrschaften dann mit großem Presserummel ihre Ergebnisse kundtun, hier schon mal ein Vorabdruck. Wie der Mietspiegel theoretisch funktionieren sollte, entnehmt den Schriften zu seiner ersten Westberliner Ausgabe von Ende 87.

Diese Quadratmetermieten wurden am 1.5.89 in **bestehenden Mietverhältnissen** in Wohnhäusern bis Baujahr 1918 gezahlt (alles in Deutschmarks):

Fläche	Ausstattung	ohne alles	Innenklo und sonst nix	Innenklo und Sammelheiz. oder Bad	Innenklo und Sammelheiz. und Bad
unter 40m ²	Wohnlage				
	"einfache Wohnlage"	4,70	4,93	6,65	8,84
	"mittlere Wohnlage"	5,14	4,84	6,04	9,51
40-59 m ²	"gute Wohnlage"	4,21	4,67	7,09	9,40
	"einfache Wohnlage"	3,91	4,39	5,50	7,04
	"mittlere Wohnlage"	4,03	4,50	5,91	7,39
60-89 m ²	"gute Wohnlage"	4,28	4,67	6,13	7,98
	"einfache Wohnlage"	4,31	4,35	4,99	6,32
	"mittlere Wohnlage"	4,27	4,23	5,37	6,55
über 90 m ²	"gute Wohnlage"	5,11	4,09	5,55	6,93
	"einfache Wohnlage"	4,34	4,21	4,86	5,70
	"mittlere Wohnlage"	4,37	4,48	4,90	6,24
	"gute Wohnlage"	5,48	4,71	4,99	6,45

Im Vergleich zu 1987 haben sich die Durchschnittsmieten dort folgendermaßen verändert:
(in Prozent)

Fläche	Ausstattung	ohne alles	Innenklo und sonst nix	Innenklo und Sammelheiz. oder Bad	Innenklo und Sammelheiz. und Bad
unter 40m ²	Wohnlage				
	"einfache Wohnlage"	+49,2	+18,8	+18,8	+47,3
	"mittlere Wohnlage"	+49,4	+18,9	+3,4	+22,9
40-59 m ²	"gute Wohnlage"	+27,2	+5,7	+19,8	+36,6
	"einfache Wohnlage"	+31,6	+15,5	+14,1	+16,6
	"mittlere Wohnlage"	+36,6	+14,5	+22,9	+11,8
60-89 m ²	"gute Wohnlage"	+34,2	+10,1	+20,9	+24,9
	"einfache Wohnlage"	+41,3	+17,9	+14,4	+16,6
	"mittlere Wohnlage"	+36,0	+19,8	+20,7	+19,7
über 90 m ²	"gute Wohnlage"	*	+7,3	+21,7	+19,7
	"einfache Wohnlage"	+38,2	+20,6	+18,8	+12,0
	"mittlere Wohnlage"	*	*	+16,7	+14,9
	"gute Wohnlage"	*	*	+12,9	+18,1

*: Für dieses Feld haben die SchnüfflerInnen nicht genug Werte zusammengekratzt)

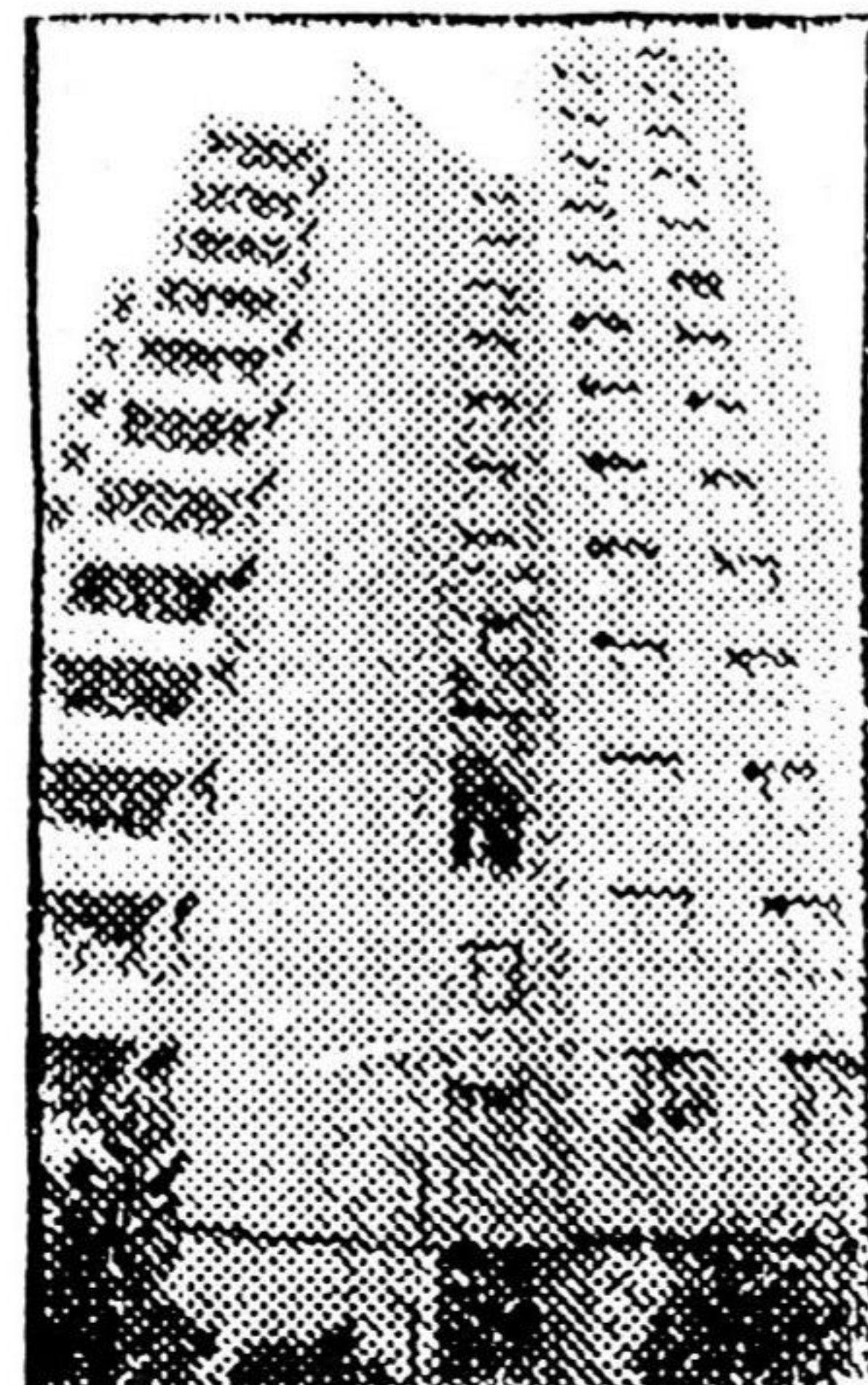
Die Tabellen zeigen die Ergebnisse der "vorläufigen Auswertung" der großangelegten Schnüffelfaktion in fast allen Westberliner Altbauten zum Stichtag 1. Mai 89. Es handelt sich dabei um "Mittelwerte", an der spannenmäßigen Einordnung (obere und untere Werte) wird noch gearbeitet. Außerdem die prozentuale Erhöhung im Vergleich zum Mietspiegel von vor zwei Jahren.

Aus eigener Erfahrung werdet Ihr wissen, daß zu den aufgelisteten Bruttokaltmieten (alles ohne Heizkosten) schon seit längerem keine Wohnung mehr neu zu kriegen ist. In den Mietspiegel gehen nur (oft seit Jahrzehnten) bestehende Mietverhältnisse, er dient im wesentlichen zur Erhöhung der Mieten eben dort, wo die Leute schon ein Dach überm Kopf haben.

Die Deutung der Zahlen, der absoluten Mietpreise und der Steigerungsraten, der Vergleich verschiedener "Teilmärkte" und der dazugehörigen Lohnentwicklungen, schließlich die Umsetzung in politische Aktion, all das bleibt Euch in Euren Gruppen überlassen.

So sehen die entsprechenden Werte für Wohnhäuser aus, die zwischen den Weltkriegen hochgezogen wurden:

Fläche	Ausstattung	Innenklo und sonst nix	Innenklo und Sammelheiz. oder Bad	Innenklo und Sammelheiz. und Bad	Innenklo und sonst nix	Innenklo und Sammelheiz. oder Bad	Innenklo und Sammelheiz. und Bad
unter 40m ²	Wohnlage						
	"einfache Wohnlage"	4,96	6,73	7,88	-2,7	-7,6	-1,6
	"mittlere Wohnlage"	6,05	6,84	8,53	+1,2	+11,2	+19,0
40-59 m ²	"gute Wohnlage"	5,89	6,17	9,30	*	+7,7	+22,0
	"einfache Wohnlage"	4,87	6,08	6,80	-3,9	+6,1	+2,7
	"mittlere Wohnlage"	5,04	6,29	6,74	-11,4	+5,0	+3,4
60-89 m ²	"gute Wohnlage"	5,50	6,54	7,07	*	+13,3	+10,8
	"einfache Wohnlage"	4,14	5,63	6,37	-12,3	+5,6	+3,1
	"mittlere Wohnlage"	5,64	5,71	6,54	*	+2,0	+7,0
über 90 m ²	"gute Wohnlage"	5,44	5,95	6,81	*	+10,0	+13,3
	"einfache Wohnlage"	3,92	4,93	6,08	*	-0,4	+8,2
	"mittlere Wohnlage"	4,96	5,70	6,93	*	+14,2	+19,1
	"gute Wohnlage"	*	5,20	7,06	*	+12,8	+21,1



WOHNUNGSNOT UND MIETKAMPF IN WEST-BERLIN

Dieser Text versucht, in mehreren Einzelpunkten Wohnungsnot und Mietkampf zu analysieren und thematisieren, um eine Perspektive zu entwickeln, die den Mietkampf in der nächsten Zeit zu einem entscheidenden Moment im Kampf für die soziale Revolution werden lassen kann.

1. Wohnungsnot

Die Wohnungsnot in Berlin ist Thema geworden. Die Herrschenden und auch die Medien kommen selbst bei allen Ablenkungsmanövern (dauerhafte Berichterstattung über den "Zerfall" in einigen RGW-Staaten) nicht mehr umhin, diese zuzugeben. Und über die kombinierte Berichterstattung von "Flüchtlingsströmen" und Wohnungsnot wird der Eindruck vermittelt, die Aus- und UmsiedlerInnen wären jetzt an der Wohnungsnot schuld. Da sich der patriarchale (männerbestimmte) Kapitalismus sehr um die neuen Deutschen kümmert, wurde hier offensichtlich, daß für diese Menschen kaum Wohnraum zur Verfügung steht. Dies war der Punkt, an dem die Wohnungsnot offen in den staatstragenden Medien thematisiert wurde. Aber Wohnungsnot ist nicht erst ein Problem, seit viele Um- und ÜbersiedlerInnen in die BRD und West-Berlin kommen. *"Was man heute unter Wohnungsnot versteht, ist (...) eine kolosale Steigerung der Mietpreise, eine verstärkte Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern, für einige die Unmöglichkeit, überhaupt ein Unterkommen zu finden. Und diese Wohnungsnot macht nur so viel von sich reden, weil sie sich nicht auf die Arbeitsklasse beschränkt, sondern auch das Kleinbürgertum mit betroffen hat. (Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, 1872)*

Fast 120 Jahre später hat diese Aussage nichts an Aktualität eingebüßt. Die Wohnungsnot des letzten Drittels dieser Gesellschaft hat nie von sich reden gemacht, außer bei den größeren Mietkämpfen in den 20er und 30er Jahren. Aber die Wohnungsnot der zum Teil kleinbürgerlichen DDR-UmsiedlerInnen und die der studentischen Mittelschichtskinder füllt täglich die Medien. Wohnungsnot war schon immer ein Problem der Menschen mit niedrigem Einkommen und die Thematisierung eine Frage der Lobby oder der Stärke des MieterInnenwiderstandes.

1.1. Daten zur Wohnungsnot

Im Januar 89 hieß es in der *6. Neuköllner Kiez Flugschrift*: "Aller Schönfärberei 'unserer' Politiker zum Trotz sieht die Realität in Berlin so aus: 10000 Obdachlose; 200000 Wohnungssuchende; 61000 Wohnungen konnte selbst die Volkszählung nicht mehr finden; 200000 Umzüge pro Jahr drücken die Unzufriedenheit der BewohnerInnen mit ihren Wohnungen aus; 150000 offizielle SozialhilfeempfängerInnen."

Diesen Zahlen haben sich in den 9 Monaten bis jetzt, auch bei einem SPD/AL Senat, nicht verbessert, sondern im Gegenteil. Jetzt gibt es mindestens 12000 Obdachlose und auch die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen ist größer geworden. Auch die Zahl der Wohnungssuchenden hat sich vergrößert, aber dafür, im krassen Gegensatz dazu, hat sich die Zahl der Umzüge um ungefähr die Hälfte verringert. *200000 Umzüge pro Jahr drücken die Unzufriedenheit der BewohnerInnen mit ihren Wohnungen aus* - hieß es im Januar 89. Jetzt sind es nur noch 100000 Umzüge pro Jahr (was auch der *Ring Deutscher Makler* beklagt, weil sie dadurch weniger Provisionen kassieren). Ist etwa die Zufriedenheit der BewohnerInnen mit ihren Wohnungen gestiegen? Es ist die verschärfte Wohnungsnot, die die MieterInnen selbst an schlechte und zu teure Wohnungen festhalten

läßt.

Die Antwort des Senats auf die Wohnungsnot, sind Wohnungsbauprogramme, die, selbst wenn "billige" Wohnungen gebaut werden, erst in ein Paar Jahren zu spüren wären (dazu später mehr). "Sofortprogramme" des Senats sind studentische Wohnungslose für 300 DM im Monat in die Turnhallen oder in Messehallen vom ICC, Aus- und UmsiedlerInnen in ein weiteres "Flüchtlings"lager in Marienfelde, tja und die Obdachlosen dürfen dann wenn es richtig friert, teilweise in die U-Bahnhöfe oder in Zivilschutzbunker. Welch nette Geste! Aber dabei gibt es noch leere Wohnungen. Gut, es sind sogar schonmal 6 Wohnungen beschlagnahmt worden, mit regulären Mietzahlungen an den Eigentümer - aber an die Masse von ca. 6200 leeren Wohnungen traut sich der Senat nicht ran. Von diesen 6200 leeren Wohnungen gibt es mindestens 1300 in Neukölln, den nächst großen Anteil hat Wedding. Aber von riesigem Leerstand zu reden wäre hier weit übertrieben, denn die Zahl der leerstehenden Wohnungen nimmt beständig ab - so gab es im Mai 87 noch 27872 offiziell registrierten Wohnungsleerstand und jetzt nur noch ein Viertel davon.

1.2. Wen trifft die Wohnungsnot

Es ist falsch zu glauben, daß die Wohnungsnot alle trifft. Wohnungsnot war schon immer eine Frage des Einkommens und wird es auch bis zur Umwälzung des patriarchalen Kapitalismus in eine anarchistische Gesellschaft bleiben. Wenn der *Spiegel* (Nr. 38 - 89) schreibt: *"19 % seines Netto-Einkommens gibt der Durchschnittsmieter heute für seine Wohnung aus (ohne Nebenkosten). (...) Die unteren 40% der Einkommensskala hingegen geben schon 31% aus; und je weniger einer verdient, desto höher ist der Einkommensanteil, den er an den Hauswirt überweisen muß. Und: Es wird noch schlimmer werden. In einer Untersuchung zur Wohnungsnachfrage bis zum Jahr 1995 stellt das Ifo-Institut fest, daß in den nächsten Jahren die durchschnittlichen Wohnkosten stärker ansteigen als die Einkommen."*

Die Logik die dahinter steckt ist so einfach wie brutal: EinE AngestellteR der 5000 netto verdient, kann sich immer noch, auch wenn er/sie nur 20% seines /ihres Einkommens aufwendet, eine Wohnung leistens die 1000 DM kalt kostet. Und dann hat er/sie immer noch locker 3-4000 DM zum Leben. Eine Kleinfamilie, die 2000 Netto zur Verfügung hat, kann sich einfach keine 3-Zimmer-Wohnung leisten die 800 DM kalt kosten würde. Mal dahin gestellt, so eine Wohnung wäre zu finden. Denn, wie sollen 3 Menschen von knappen 1000 DM leben. Der/die Angestellte kann nochmal locker 1000 DM auf die Miete drauflegen und hat dann immer noch 2-3000 DM für sich alleine zum Leben. Das macht eben den Unterschied aus zwischen den Menschen die wenig und denen die viel verdienen. Wohnungsnot ist von daher ein existenzielles Problem für Menschen mit gerigen Einkommen, Arbeitslose, RentnerInnen, SozialhilfeempfängerInnen, größeren Familien in denen nur eineR verdient und AusländerInnen geworden. Die These des Senats daß diese Leute dann auch noch zusammenrücken sollen, kann dann nur noch als der blanke Hohn begriffen werden.

1.3. Ursache der Wohnungsnot

Die Gründe, die zu dieser Wohnungsnot geführt haben sind vielschichtig und stehen häufig in einer Wechselwirkung zueinander. Die Aufhebung der Mietpreisbindung Anfang 88 hat mit Sicherheit einiges ins Rollen gebracht, da dadurch geschützter "billiger" Altbau jetzt noch leichter ein Fraß der Miethaie und Spekulanten geworden ist. Und gerade für Neukölln hat diese Entwicklung entscheidende Bedeutung, wohnen doch im Norden von Neukölln, was noch ein Komplettes Altbaugebiet ist, 150000 Menschen. Aber auch die Vernichtung von 100000 Wohnungen pro Jahr in der BRD und W-Berlin (20000 durch Abriß und 80000 durch Umwandlung in Büros, Arztpraxen oder Anwaltskanzleien; *Spiegel* 38-89) sind ein Grund mit für diese Wohnungsnot.

Im März 89 stand in der *8. Neuköllner Kiez Flugschrift*: (Wohnungsnot deshalb) "weil immer mehr Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden; weil im Zuge der

Steuerreform 1990 die 'gemeinnützigkeit' für Wohnungsbaugesellschaften wegfällt. Dies bedeutet, daß viele Sozialwohnungen entscheidend teurer werden; weil immer mehr landeseigene Wohnungen an private Spekulantenfirmer verkauft werden; weil all diese Verschärfungen immer nur die sozial Schwachen, wie RentnerInnen, AusländerInnen, StudentInnen, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, trifft."

Aber dies sind längst nicht alle Gründe und Ursachen die zu dieser Verschärften Form der Wohnungsnot geführt haben. Vergessen wurde hier, die heftige Modernisierungstätigkeit im Altstadtbereich von Neukölln. Gerade die privaten Modernisierungen tragen maßgeblich dazu bei, daß billiger Wohnraum vernichtet wird. Auf der einen Seite durch Mietpreissprünge von 100 bis 200% und auf der anderen Seite durch Vernichtung von kleinen Wohnungen, gerade 1 bis 2-Zimmer-Wohnungen die zu größeren Wohnungen zusammengelegt werden. Die öffentlich geförderte Modernisierung, verschiebt die Vernichtung von billigem Wohnraum nur für einen geringen Zeitraum, vernichtet aber durch Zusammenlegung und Abriß auch massenhaft Wohnraum. Auch der früher so gepriesene Soziale Wohnungsbau, der angeblich dafür sorgen sollte, Einkommensschwache Schichten mit genügend billigem Wohnraum zu versorgen, wurde so ziemlich gegen Null gebracht. 14000 neugebaute Sozialwohnungen 88 gegen 100000 vernichtete Wohnungen drückt ein klares Verhältnis zur Vernichtung "billiger" Wohnungen aus. Dazu kommt noch, daß von jetzt 4 Mill. Sozialwohnungen, bis 1990 1 Mill. aus der Bindung fallen und bis 1995 dann nochmal 2 Mill. D.h. 1995 gibt es dann nur noch 1 Mill. Sozialwohnungen. Hier könnte jetzt noch endlos weiter geschrieben werden. Aber ein wichtigerer Punkt als Sozialwohnungen ist Vernichtung von Wohnraum durch Einkommensstarke Schichten. Es ist in den letzten Jahren immer schicker geworden, sich große Mietwohnungen zuzulegen. Miethöhe spielt da keine Rolle. Da mieten sich dann zwei LehrerInnen zusammen eine 225 qm große Wohnung für 2500 DM. Oder da mieten sich 11 Yuppies ein ganzes Haus und verdrängen dadurch 40 MieterInnen. Es ist eine faszinierende Rechnung: Die jung-dynamischen AufsteigerInnen und Yuppies brauchen wohl *viermal* soviel Platz wie normale MieterInnen. Wo die unteren 40% zwischen 15-20 qm pro Mensch im Schnitt zur Verfügung haben, beanspruchen die Yuppies 80 qm und mehr für sich. Und sie lassen sich diesen Luxus auch was kosten. Mieten von 2 - 4000 DM sind für diese Schicht kein Problem und werden anstandslos bezahlt. Für diese Schicht werden dann immer mehr kleine Wohnung zu einer großen Wohnung zusammengelegt, hauptsächlich im Zuge von privater und öffentlich geförderter Modernisierung bei Altbauten. *Diese Wohnungsnot ist kein Platzproblem, sondern ein Verteilungsproblem!*

1.4. Wohnungsnot - stetiges Produkt des Kapitalismus

Der patriarchale Kapitalismus ist aus seiner inner Logik gar nicht fähig die Bevölkerung mit ausreichenden Wohnraum zu versorgen. Innere Logik bedeutet hier, Profit um jeden Preis. So ist unser lebenswichtiges Bedürfnis nach Wohnraum im patriarchalen Kapitalismus nichts anderes, als jede andere Ware auch, wie z.B. Autos oder Waschmaschinen. Eine Ware mit der die Kapitalisten soviel Gewinn machen wollen, wie es nur geht. *"Mit Wohnraum wird spekuliert, gehandelt und verdient, wie mit jeder anderen Ware auch."* (8. Neuköllner Kiez Flugschrift, März 89) Trotzdem hat die Ware Wohnung einen Sonderstatus pat-kapitalistischen System. Bestimmte Marktmechanismen sind hier nämlich außer Kraft gesetzt.

Ein deutliches Beispiel für diese These ist die Wohnungsnot Ende der 70er Jahre. Da standen ganze Straßenzüge leer, da sank die EinwohnerInnenzahl von Berlin noch - aber obwohl so viele Wohnungen leer standen, war es äußerst schwierig eine einigermaßen "billige" und angemessene Wohnung zu finden. Der Wohnungsmarkt funktioniert nicht wie andere Märkte, wo z.B. ein Überangebot an Autos die Preise drückt (Angebot-Nachfrage-Prinzip). Oder die Menschen die Möglichkeit haben, wenn die Preise unaufhörlich steigen, z.B. wieder aufs Fahrrad oder die U-Bahn umzusteigen. Oder selbst in Boomzeiten des Autokaufs können die Firmen ihre Preise nicht drastisch erhöhen, denn einE Autokäu-

2. Mietkampf

"Die Enteignung aller Hausbesitzer liegt auf dem Weg zur sozialen Revolution!" (ASK in der 1. Mai-Zeitung 89)

"Die Enteignung der Häuser ist der Kern der ganzen Sozialrevolution!" (Petr Kropotkin. Das Wohnen, 1892)

Die Wichtigkeit des Mietkampfes besteht zum Einen darin, dass knapp 90% der Berliner Bevölkerung in Mietverhältnissen wohnt und somit eine große Schicht gleichzeitig von der Mietausbeutung betroffen ist (siehe Fr. Engels Zitat in 1.). Und zum Anderen darin, daß die Wohnung der wichtigste Reproduktionsort ist (Reproduktion = Herstellung und Auffrischung der männl. Arbeitskraft durch alle möglichen "Dienstleistungen" die hauptsächlich von Frauen "geleistet" werden). Die Möglichkeit durch Propaganda und Aktionen Prinzipien des patriarchalen Kapitalismus deutlich zu machen und damit breite Schichten gleichzeitig anzusprechen, sind hier größer als in anderen Bereichen. Zudem ist die Wohnung die Schnittstelle, wo Patriarchat, Reproduktion, unbezahlte und bezahlte Arbeit aufeinander treffen. Oder deutlicher: Die Wohnung ist der Ort, wo das Patriarchat seinen schärfsten Ausdruck findet. Ob es die Gewalt gegen Frauen ist, die Vergewaltigungen in der Ehe oder GBeziehung, das Kochen und Wäschewaschen für den Mann, das sexuell zu "Dienstesein". An all den Sachen macht sich eins immer wieder deutlich: Die HERRschaft des Mannes über die Frau.

Wegen dieser Schnittstelle kann der Mietkampf, der auch das Gewaltverhältnis Männer über Frauen angeht, ein Hebel sein, den patriarchalen Kapitalismus aus den Angeln zu heben. Denn, um die soziale Revolution im Alltag voran zu treiben, brauchen wir konkrete Anknüpfungspunkte, die eine Verankerung in den Stadtteilen ermöglicht, um mit anderen zusammen eine Gegenmacht aufzubauen - die uns irgendwann siegen läßt. Aneignung und Enteignung sind auf dem Weg zur sozialen Revolution wichtige Schritte. Wenn die Häuser enteignet und in Selbstverwaltung übernommen sind, ja, wer soll dann noch die Massen aufhalten, sich auch alles andere anzueignen, was ihnen zum Leben fehlt.

2.1. Die Angst Überwinden

Die Angst überwinden heißt, sich eine Basis zu schaffen, von der wir das Mietausbeutungssystem an der Wurzel anfehen, d.h. bei den Mietzahlungen. Wir (gemeint ist die linksradikale Szene) müssen aus dem Widerspruch raus - Mietkampf zu propagieren, aber weiter brav und pünktlich unsere Miete auf das Hausbesitzerkonto überweisen. Dazu: *"Warum haben wir zu Alltagsgeschichten wie Mietkampf oft so wenig zu sagen - bzw. konkreter, warum wird in unseren Zusammenhängen so wenig direkter Widerstand geleistet (Mietminderungen, Mietboykott - oder die unterste Stufe Hausversammlungen organisiert)."* (ASK, Einschätzung zur 1.4.89 Demo gegen Mietausbeutung....)

Dem Geschriebenen kann noch eins draufgesetzt werden. Es klappt teilweise noch nichtmal, Infos aus der Szene über Hausbesitzerstrukturen in den Stadtteilen zu erhalten (dabei müßte doch jeder wissen welche Miete er/sie an welcher Vermieter zahlt). Solidarität ist eine Waffe und nur mit dieser Waffe war es möglich in den 20er und 30er Jahre relativ erfolgreiche Mietstreiks und Mietkämpfe zu führen. Die ausgedehnten Mietstreiks in den 20er Jahren z.B., die von den MieterInnenräten geführt wurden, waren insoweit relativ erfolgreich, daß zur Befriedung dieser Streiks, 1922 die Mietpreisbindung eingeführt wurde. Mit diesem Beispiel soll jetzt nicht gesagt werden, wir sollen Mietstreiks für die Wiedereinführung der Mietspreisbindung machen - sondern, daß Mietstreiks die einzige Sprache ist, die von den Miethaien und Spekulanten verstanden wird. Das Thema hat Sprengkraft, derer wir uns bewußt werden sollten.

2.2. Gegen die Spaltung

Gegen die Spaltung heißt, den eigenen Tellerrand überwinden, denn nur gemeinsam können wir eine **starke MieterInnenbewegung** aufbauen. Wir müssen unsere Berührungspunkte verlieren und uns mit Leuten zusammensetzen, mit denen wir sonst nicht soviel zu tun haben. *"Mietkampf ist eine Geschichte und hat eine Geschichte, wo unterschiedlichste Leute zusammenkommen, eben auch Leute denen wir sonst so häufig aus dem Weg gehen - den ganz 'normalen' BürgerInnen."* (ASK, 1.4.89 Demo-Einschätzung) Es ist verdammt schwierig die Spaltung unter der Bevölkerung aufzuheben. Auch wegen der teilweise verschiedenen Ausgangspositionen: Obdachlose, studentische Wohnungslose, AusländerInnen, Aus- und ÜbersiedlerInnen und all den Leuten mit geringem Einkommen, die auf dem Wohnungsmarkt kaum eine Chance haben.

"Die rassistischen Träume vieler Deutscher hier in Berlin, einen Teil der Bevölkerung einfach rauszuschmeißen (...) sind die vollzogene Spaltung, welche die HERRschenden immer wieder neu in uns aufzubauen versuchen. Das Ziel dieses staatlich geförderten Rassismus (...) ist nicht mehr Geld und Wohlstand für die sozial Schwachen - dazu verdienen die Kapitalisten zu gut an der Wirtschaftlichen Not. Sie wollen verhindern, daß sich die untere Klasse gemeinsam wehrt. Davor haben sie Angst. Angst, daß Deutsche und AusländerInnen sich gemeinsam gegen Ausbeutung auf der Arbeit, gegen Mieten zu Wehr setzen." (Redebeitrag, 1.4. Demo)

Den Rassismus bekämpfen heißt in ernst nehmen. Aber nicht nur in seiner Bedrohung die dieser Rassismus/Faschismus für AusländerInnen, Frauen, Homosexuelle und uns hat, sondern ihn auch in seiner HERRschaftssichernden (Teile und HERRsche) Dimension begreifen. Wir müssen immer wieder den Menschen auf der Straße und in den Häusern klar machen, wozu dieser Rassismus da ist und das AusländerInnen und wir vielmehr Gemeinsamkeiten haben, als uns evtl. trennen könnte. Wir arbeiten und wir wohnen häufig unter den selben Bedingungen - und wir werden von den selben Kapitalisten ausgebeutet - auf der Arbeit und bei der Miete. *"Wir sind zusammen vielfach mehr, als die, die an uns verdienen. Aber wenn wir uns spalten lassen in AusländerInnen, Um- und ÜbersiedlerInnen, in Obdachlose, studentische Wohnungslose, Junge und Alte - dann wird es schwer sein die Verhältnisse zu unseren Gunsten zu verändern."*

Wir müssen der rassistischen Hetze, daß uns die AusländerInnen und jetzt auch noch die Um- und ÜbersiedlerInnen die Wohnungen wegnehmen, die wahren Gründe für Wohnungsnot und Mietwucher entgegenhalten. Denn: *"Auf keinen Bereich reagieren breite Bevölkerungsschichten so sensibel wie auf Veränderungen beim wohnen."* (Gemeinnütziges Wohnungswesen, Fachblatt dieser Branche)

2.3. Miete allgemein

"Miete setzt sich zu ca. 2/3 aus Tilgungen und Bankzinsen zusammen." (PROWO 0-Nr.4) Diese Aussage ist so richtig wie auch teilweise falsch. Für den freifinanzierten Neubau wird diese Rechnung wohl zutreffen, aber nicht für Altbauten oder "Neubauten" die schon 20-30 Jahre alt sind. Denn in so einem Zeitraum sind die Häuser meistens, durch Steuervergünstigungen/Abschreibungen und die Miete, abbezahlt. Deswegen ist es falsch eine solche Aussage so undifferenziert in den Raum zu stellen. Wenn es um Verwicklung der Banken bei der Mietausbeutung gehen soll, dann kann dies anders dargestellt werden. *Banken sind praktisch der Turbomotor der kapitalistischen Wohnungs- und Bauspekulation. Sie verdienen an der Ausplünderung der Mieter oft noch mehr als die Spekulanten selber, letztendlich sind sie der größte Spekulant, ohne sie läuft nichts. (...) Die Spekulanten (...) verfügen oft gar nicht über das nötige Kapital für ihre ganzen Schweinereien. Sie pumpen sich das Geld zu bis zu 85% von den Banken."* (Wo eine Villa ist..., Redebeiträge zur verbotenen Grunewalddemo)

Der Zusammenhang Banken und Miete ergibt sich aus der Differenzierung. Wenn es um Miete allgemein geht und darum wem die Häuser letztendlich gehören, dann spielen Bankkredite bei den Altbauten keine Rolle mehr. Denn diese Häuser und 30 Jahre alte "Neubauten" sind längst von der Allgemeinheit (Steuern) und im speziellen von den MieterInnen

bezahlt worden. Auch bei der privaten Modernisierung werden Banken oft gar nicht benötigt. Die Abschreibungsgesellschaften und Spekulanten holen sich ihr Geld oft von steuerabschreibenden KapitalanlegerInnen in der BRD. In der Frage *wem* gehören die Häuser spielen die Banken in den oben genannten Beispielen nur eine geringe Rolle. *"Wie kann Mensch angesichts dieser Mengen an Steuergeldern die in den Häusern stecken, eigentlich noch von 'Hausbesitz' einzelner Hausbesitzer und Firmen reden? Die Häuser sind mit Steuermittel und unserer Miete bezahlt - also gehören diese Häuser uns allen."* (*"Die Häuser denen..." Neuköllner Kiez Flugschrift, SonderNr.*) Diese SonderNr. ist wegen der beschriebenen verschiedenen Modernisierungskonzepte, der Finanzierung dieser und wie sich dies zur Miethöhe verhält, zu empfehlen.

Grundsätzlich noch was zur Miete. Die Miete kann nicht losgelöst gesehen werden von dem Zusammenhang Arbeit und Reproduktion. Die Wohnung ist der zentrale Reproduktionssort. So ist die Miete der entscheidende Teil der Reproduktionskosten, die die Menschen von ihrem Einkommen bezahlen müssen. Eigentlich sollte das Kapital bestrebt sein, die Reproduktionskosten niedrig zu halten, damit die Masse noch als zahlungsfähige Konsumenten auftreten können. Dies hat sich aber gerade in den letzten Jahren verändert. Die Mieten steigen viel stärker als die übrigen Lebenshaltungskosten, was faktisch einer Reallohnkürzung gleichkommt. Die verschiedenen speziellen Marktmechanismen im Wohnungsbau haben sich weiter verselbstständigt (siehe auch 1.4.) Die verstärkten Mieterhöhungen, bedeuten *"entweder einen verstärkten Zwang zur Arbeit, Einschränkungen im ohnehin schon niedrigen Lebensstandart oder ein Rausdrängen aus dem Kiez."* (6. Neuköllner Kiez Flugschrift)

Neben den ganzen Reallohnkürzungen der letzten Zeit, durch Gesundheits'reform', Streichungen von Sozialleistungen, Steuer'reform', muß dieser rasante Mietwucher als weiterer Angriff auf das Einkommen der Menschen gesehen werden und als weiterer Zwang zur Arbeit. Was dann gleichzeitig wieder heißt, daß die Kapitalisten auf dem Arbeitssektor, bessere Bedingungen für sich, gegen die Interessen der ArbeiterInnen, durchsetzen können.

Ein anderer interessanter Punkt ist der 'Wert' der Häuser, der auch häufig für die Miethöhe mitverantwortlich ist. "Normale" kapitalistische Prinzipien sind, je älter desto billiger (außer seltene und antike Waren). Bei Wohnungen treten diese Prinzipien nicht auf. Alte Wohnungen, gemessen an ihrem Ausstattungsstandart werden nicht billiger sondern teurer. Es ist nicht so, daß ein 100jähriger Altbau billiger wird, weder bei der Miete, noch bei seinem 'Wert' - das Gegenteil ist der Fall. *"Selbst bei einem leichten Überangebot von einer 1/4 Millionen Wohnungen (Mitte der 80er) zogen die Mieten bei den 'billigen' Altbauwohnungen, wie eh und je stark an."* (Spiegel, Nr.38 - 89)

Der 'Wert' eines Hauses setzt sich nicht nur aus der Investition Arbeit, Kapital und Ausstattungsstandart zusammen, sondern besonders an der Wohnlage. Das diese Wohnlage auch die Miethöhe mitbestimmt, kann jedeR im Mietspiegel nachlesen. "Bessere Wohnlagen" heißt höhere Mieten und mehr 'Wert' für die Häuser. Das diese "besseren Wohnlagen" von Generationen von ausgebeuteten ArbeiterInnen geschaffen wurden, spielt dabei keine Rolle. *"Nicht der Eigentümer hat das HAus gebaut; errichtet haben es Hunderte von Arbeitern, und sie haben es auch dekoriert und tapeziert. Hunger hat sie auf die Baustellen getrieben und Notdurft sie gezwungen einen viel zu geringen Lohn zu akzeptieren. Das von dem vorgeblichen Eigentümer investierte Geld war kein Produkt eigener Arbeit. Wie jeden Reichtum hat er es akkumuliert (angehäuft), indem er den Arbeitern 2/3 oder gar nur die Hälfte von dem zahlte, was er ihnen schuldete."* (Das Wohnen, Petr Kropotkin, 1892)

Der aktuelle 'Wert' eines Hauses setzt sich aus der gesamten gesellschaftlichen Arbeit zusammen. D.h. durch "Wohnumfeldverbesserungen" die wider von ArbeiterInnen geschaffen wurden. Diese 'Wertsteigerungen', die häufig in wenigen Jahren horrenden Summen betragen können - fließen dem "Hausbesitzer" zu und nicht denen die diesen Reichtum geschaffen haben. Die Besonderheit hier ist, daß die Kapitalisten nicht nur an der Ausbeutung der 'eigenen' ArbeiterInnen verdienen, sondern an allen, die die Gegend des Hauses mitgestaltet haben.

2.4. Die Defensive durchbrechen

"Es ist notwendiger denn je sich zu wehren - denn stilles Jammern hat noch nie geholfen. Nur durch unsere gegenwärtige Schwäche sind die HERRschenden in der Lage immer mehr Geld aus uns herauszupressen, ob bei der Miete oder auf der Arbeit." (8. Neuköllner Kiez Flugschrift)

Die linksradikale Defensive durchbrechen heißt, den Mietkampf als Terrain begreifen auf dem sich in der nächsten Zeit Massenkämpfe entwickeln können, die es möglich machen unsere radikalen Inhalte zu transportieren. Denn: *"Der Punkt ist bald erreicht, wo die Leute nicht mehr das Geld für die Miete haben."* (Großvermieter Karl-Heinz Reinheimer) Und: *"Der schon seit 1978 bestehende Versorgungsunterschied zwischen wenig und hoch verdienenden Haushalten verstärkt sich bis 1995."* (Ifo-Institut)

Wir dürfen das Feld nicht den Reformern überlassen, denn gerade an dem Grundbedürfnis Wohnen läßt sich der patriarchale Kapitalismus gut sichtbar machen. Wir müssen unsere Forderungen nach Enteignung aller Hausbesitzer offensiv gegen die Befriedungsversuche eines SPD/AL-Senats nach außen tragen. Denn schon lange nicht mehr waren die Chancen für eine Verankerung in breiten Bevölkerungsschichten so groß wie jetzt im Mietkampf.

2.5. Die Mythen zerstören - zur Verteidigung des 'billigen' Wohnraums

Die HausbesitzerInnenbewegung ist tot und wird auch durch vieles schwärmerisches Gerede nicht wieder lebendig. Wie schon in 1.1. beschrieben, gibt es nicht mehr die Massen an leertsehenden Häusern und Wohnungen. Die Zeiten des spekulativen Leerstandes im grossen Stil wie zum Ende der 70er Jahre sind vorbei.

"Hausbesetzungen können nur ein Mittel im Mietkampf sein und sind nur dann auch wirklich effektiv, wenn es darüber gelingt, die Organisierung allgemein und speziell im Mietkampf voran zu bringen. Wir finden Haus- und Wohnungsbesetzungen gut, auch jetzt. Wo wir nur die Gefahr drin sehen, ist, daß HAusbesetzungen der einzige Beitrag der radikalen Linken im Mietkampf darstellen. Für uns kann es keinen Häuserkampf ohne gleichzeitigen Mietkampf geben - aber auch ein Mietkampf ohne Haus- und Wohnungsbesetzungen wird im Endeffekt zahnlos sein. Es muß beides zusammen laufen." (ASK, Einschätzung 1.4.89 Demo)

Die Frage die jetzt ansteht sollte nicht sein, wo gibt es noch leerstehende Wohnungen oder ganze Häuser zu besetzen, sondern wie können wir aus der Defensive heraus, erstens "billigen" Wohnraum verteidigen und zweitens zur Enteignung der Häuser gelangen. Das momentane Kräfteverhältnis, läßt nicht mehr zu, als den Miethaien und Spekulanten hier und da mal in Suppe zu spucken. Aber wenn dies etwas konzentrierter passiert, können wir ihnen an einigen Stellen die Suppe etwas verderben. Ein Vorschlag wäre, die Verteidigung unserer Stadtteile vor der weiteren Yuppisierung. Wir müssen verhindern, daß immer mehr "billige" Altbauwohnungen Luxusmodernisiert werden, daß immer mehr "billiger" Wohnraum in Eigentumswohnungen umgewandelt wird, daß immer mehr Wohnraum durch Zusammenlegung für große Yuppiwohnungen vernichtet wird. Und, daß immer mehr Wohnungen in Gewerbe- und Büroräume umgewandelt werden, daß sich immer mehr Sexshops, Spielhallen und Schicki-Micki-Läden breit machen.

Dies kann zum einem durch verstärkte Politisierung der MieterInnen geschehen und zum anderen durch Aktionen gegen die, für die die Vernichtung von "billigen" Wohnraum zum Profitreichen Geschäft geworden ist. Nämlich der Bau-Betonmafia, der Mietausbeuter, der Spekulanten und der Banken.

2.6. Miete verweigern....

Unsere häufig und gerne gebrüllte Parole: "Miete verweigern, Kündigung ins Klo, Häuser besetzen sowieso", sollte zumindest in den beiden Anfangsteilen eine konkretere und praktischere Füllung bekommen. *"Uns geht es um die Enteignung und Selbstverwaltung der Häuser, wo die MieterInnen bestimmen, was in den Häusern passiert. Sie wissen nämlich am besten was gut für sie ist!"* Und *"Um das Ziel der bedingungslosen Enteignung zu erreichen, brauchen wir eine starke MieterInnenbewegung."* (ASK, Die Häuser denen... SonderNr.)

Enteignen heißt aber im Endeffekt - Mietstreik/Mietboykott. Mietstreiks sind die schärfsten Waffen im Mietkampf, weil damit das Mietausbeutungsverhältnis am nachhaltigsten angegriffen wird. *"Bis sich breiter durchsetzt, daß Wohnen Menschenrecht ist, ist sicher noch einiges zu tun; auch die praktische Vorbereitung etwa von Mietstreiks in obigen Sinne bedeutet Arbeit."* (PROWO 0-Nr.4)

Aber wenn wir es wirklich ernst meinen mit der Enteignung und der Selbstverwaltung der Häuser, dann sollte uns weder die viele Arbeit schrecken, noch die ungeheure Dimension unserer Ziele. Mietstreiks entstehen entweder spontan wie in den 20er und 30er Jahren in Berlin und teilweise darüber hinaus oder organisiert, wie in Holland auch in den 20er Jahren. Tja, und da z.Zt. spontan in dieser Richtung nicht so viel läuft, sollten wir die organisierte Form wählen. Es ist dabei total wichtig ne langfristige Perspektive aufzubauen, denn so ein Mietstreik ist weder ein Klacks, noch darf er ein Flopp werden. Die demoralisierende Wirkung könnte unübersehbare Folgen haben. Deswegen ist es besser, die Sachen mit ausführlichen Überlegungen und Strategien anzugehen, als sich überhastet in ein evtl. Chaos zu stürzen. Die Mietboykottbestrebungen Anfang 87 sollten Schlüße zu lassen wie es am besten nicht gemacht werden sollte. Kleine aber dafür gut vorbereitete Schritte sollten jetzt anstehen:

- Breite Information/Agitation auch in Gegenden wo wir sonst seltener sind. Z.B. in den Neubaughettos des sozialen Wohnungsbaus.
- Die Verweigerung weitere Mieterhöhungen zu bezahlen und dies zu einem gemeinsamen Datum.
- Ein sogenannter Mietwarnstreik. D.H., gemeinsam für einen bestimmten Monat keine Miete zu bezahlen. Oder nur 10% des Einkommens als Miete zu überweisen, oder nur Instandhaltungs- und Betriebskosten bezahlen.

Die genannten Vorschläge sollen **Mobilisierungsaktionen** sein, die Leuten Mut machen sollen, mitzumachen und, um die MieterInnen mit unseren radikalen Vorstellungen und Forderungen eine Perspektive zu zeigen. Aber bevor wir konkret über diese Vorschläge diskutieren, sollten wir uns Gedanken über unsere Infrastruktur machen. Diese Aktionenformen können nur dann erfolgreich sein, wenn es uns gelingt die Vereinzelung und Isolierungen untereinander aufzubrechen. Nur als Massenaktion können diese Aktionen Erfolg haben und evtl. in einen unbefristeten Mietstreik übergehen. Wenn es uns gelingt an die positiven Erfahrungen der Vobobewegung anzuknüpfen, im Bezug auf Infrastruktur (Gruppen und Anlaufstellen in allen Stadtteilen, relativ guter Informationsfluß), dann können wir es wagen. Ansonsten ist die Gefahr groß, daß es wieder eine Szeneaktion wird, die in den Sand gesetzt wurde.

Die längst überfällige Diskussion über Strategien im Mietkampf beginnen.

Die Enteignung der Hausbesitzer liegt auf den Weg zur sozialen Revolution!

Für den Anarchismus!

AnaProp

So-12.11.89 um 20:00 Uhr **EX** im MEHRINGHOF



VERANSTALTUNG
ZAN
ZU SÜDAFRIKA

Über den vielfältigen Widerstand gegen das Rassistenregime in Südafrika ist hierzulande wenig bekannt. Bekannt werden meist nur Aktionen aus dem kirchlichen Spektrum, der UDF (United Democratic Front) oder als Organisation des Widerstands des ANC (African National Congress). Neben dem ANC gibt es jedoch noch andere Befreiungsbewegungen wie BCM (Black Consciousness Movement) und -Organisationen wie PAC (Pan African Congress).

Wir haben einen Vertreter des PAC eingeladen. Der PAC ist eine sozialistisch orientierte Befreiungsorganisation, die die Apartheid als eine Ausdrucksform des Kapitalismus begreift und daraus resultierend einen anti-kapitalistischen Kampf führt.

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung wird der gewerkschaftliche Kampf sein. Die Gewerkschaften nahmen in den letzten Jahren bei der Organisierung des Widerstands eine führende Rolle ein. Da politische Organisationen des Widerstands nie lange legal arbeiten können, wurden die Gewerkschaften mehr und mehr zu einem Sprachrohr politischer Forderungen. Auf die zunehmende Macht und den Erfolg der Gewerkschaftsbewegung reagierte das Rassistenregime im letzten Jahr mit einer Verschärfung der Arbeitsgesetzgebung. Genau an diesem Punkt setzte auch die Steinkühler (IG-Metall)-Initiative an, die die Niederlassungen bundesdeutscher Konzerne auf die Einhaltung bestimmter Mindeststandards im Umgang mit den Arbeitern und ihrer Organisationen verpflichten will. Gleichzeitig wird dadurch der Verbleib bundesdeutscher Unternehmen in Südafrika/Azania trotz Sanktions- und Disinvestmentforderungen jedoch positiv gerechtfertigt.

Denn: Die BRD ist nach wie vor wichtigster Handelspartner des Rassistenregimes in Südafrika. Bundesdeutsche Banken sind sein wichtigster Geldgeber (Bundesweite Bankenaktionswoche vom 13.-19.11.89 u.a.

gegen Deutsche Bank, Commerzbank und Dresdner Bank). **AZANIA-Gruppe** (23)

Bei diesem 1. Treffen ging ein Teil der Diskussion darum, sich eventuell auf 2 Schwerpunkte zu konzentrieren (einer davon: Wohnungsnot/Spekulantenunwesen), um wenigstens da mehr Leute auf die Beine zu kriegen. Ehrlich gesagt bin ich ja auch äußerst skeptisch, ob so ein Versuch, rad. Linke zusammenzukriegen über Treffen, überhaupt funktionieren kann. Sämtliche Erfahrungen bisher sprechen dagegen: ob in der Häuserzeit oder beim IWF, in HH bei der Hafenstraße - punktuelle Zusammenarbeit mit den andern ergab sich bisher nur, denke ich, aus praktischen Geschichten. Dennoch - nur, weil das immer so war... Ich finde es falsch, sich nicht zu diesem Treffen zu verhalten.

Beim letzten, 2. Treffen, ging die Entwicklung leider schon in diese Richtung. Es waren ca. 60 Leute da, und viele von den Leuten, die in praktischen Zusammenhängen stecken, waren bereits weggeblieben. Die meiste Zeit ging die Diskussion darum, ob es sinnvoller sei, mit AG's zu konkreten Themen anzufangen (mit dem Ziel, sich auch praktisch dazu zu verhalten), oder, übergreifend zu diskutieren: Krise der Linken, wie geht's weiter, Aufarbeitung von Erfahrungen. Für mich war deutlich, daß die Leute, die in praktischen Zusammenhängen stecken, konkrete Unterstützung suchten, während diejenigen, die z.Zt. in keiner festen Gruppe sind oder als Altlinke z.T. auch noch organisiert sind, aber eher theoriebestimmt, daß diese eher die 'übergreifende' Diskussion suchten.

Es wurde dann beschlossen, nächstes Mal diese Arbeitsgruppen zu gründen (-Häusergeschichten/Spekulantenunwesen

- Internationalismus, wurde vom SJV Karl Liebknecht vorgeschlagen, sie überlegen sich gerade, die Shell-Kampagne aufzugreifen
- Antifa
- das mit der 35 Std.-Woche versteh ich nicht, taucht im Protokoll auf, wurde aber schon beim 1. Treffen massiv kritisiert, weil das 'ne Gewerkschaftskampagne ist, die niemand hinter'm Ofen vorlockt
- linke Geschichte/Marxismusrezeption
- Klassenstruktur/Prod.kraftentwicklung/revol. Subjekt)

Dennoch befürchte ich, daß es innerhalb kürzester Zeit ein Theoriezirkel wird, wenn sich nicht endlich Mal paar mehr Leute dazu verhalten. Warum ich's wichtig finde, ausgerechnet mit 'denen'? Weil ich finde, daß wir nicht so viel Zeit haben, um alle paar Jahre Mal, wenn grade wieder was los ist, erstaunt festzustellen, daß 'die andern' ja alle so blöde nicht sind, daß es durchaus bei einigen die Bereitschaft gibt, Grenzen zu durchbrechen, sich mit den Bullen zu konfrontieren. Da wir sie ja nicht mitkriegen, außer bei diesen Anlässen alle paar Jahre, fällt es uns leicht, sie in unseren Schubladen zu lassen. Und: auch wenn unser Abgrenzen teilweise berechtigt ist, empfinde ich es oft als absolute Schwäche: abgrenzen, um selbst besser dazustehn, kritiklos uns selbst gegenüber. Und nebenbei - also ich hab' noch nicht als Autonome in der Wiege gelegen.

Deshalb ein Vorschlag: anstatt uns weiterhin selbst zu bemitleiden über die Bewegungsflaute, sollten viele Leute nächstes Mal zu diesem Treffen gehn und die Runde auffordern, sich konkret, praktisch zu verhalten, z.B. zu einem der brennendsten Probleme im Moment: Wohnungsnot und Spekulantenunwesen. Es gibt eine ganze Reihe besetzter Häuser/Wohnungen z.Zt., die Unterstützung brauchen, oder Gruppen, die Unterstützung für Neubesetzungen brauchen. Warum konfrontieren wir diesen Kreis 'rad. Linke' nicht damit? Dazu müßten natürlich auch Leute aus den Häusern auftauchen. Also: das nächste Treffen ist am

Samstag, 18.11., 12 Uhr im
Versammlungsraum vom Mehringhof

FRAUENWIDERSTAND (WEST-BERLIN)

Wichtige Informationen zum Internationalen Widerstandstag gegen
Gewalt gegen Frauen am 25.11.89 !!!!

Auf der Veranstaltung am 26.10.89 im Mehrunghof wurde ein vorläufiges Konzept (Stadtspiel) zum Internationalen Frauen-Widerstandstag gegen Gewalt gegen Frauen vorgestellt. Thema in West-Berlin soll sein: Kampf dem Frauenhandel und Sextourismus.

Im Oktober fand in Frankfurt ein bundesweites Treffen zum Diesjährigen Widerstandstag statt. Agisra (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) hatte dazu eingeladen. Am Rande dieses Treffens fand ein privates Gespräch zwischen einer Frau aus dem Berliner Plenum und einer agisra-Frau statt. Dabei wurden Überlegungen und Ideen zur Gestaltung des Widerstandstages ausgetauscht. Im jetzt veröffentlichten agisra-Protokoll, das bundesweit verschickt wurde, erscheinen diese beiläufig und privat erwähnten Ideen und Vorüberlegungen, zum Teil noch verfälscht und erweitert, als konkrete Aktionsvorschläge für den Widerstandstag in Berlin.

Wir halten es für unsere Pflicht, die West-Berliner Frauen über diese Veröffentlichungen zu informieren und dokumentieren deshalb im folgenden die entsprechende Passage des agisra-Protokolls:

" Bei vorhergehenden Treffen wurden bereits viele Aktionsideen eingebracht, über deren Umsetzung noch diskutiert werden soll, z.B.

- Aktionen gegen Sextourismus-Werbung in Reiseführern: entsprechende Reiseführer sollen mit abziehbaren Aufklebern kenntlich gemacht, die Käufer zum Boykott und zur Rückgabe der Bücher an die Buchhandlungen aufgefordert werden. Frauen gehen mit einer Liste von Reiseführern, in denen indirekt oder direkt für Sextourismus-Reisen geworben wird, in Buchhandlungen. Ziel: Verkaufsboykott seitens der Buchhandlung. Diese sollen veranlaßt werden, sich mit den Verlagen in Verbindung zu setzen und die Streichung entsprechender Passagen fordern.

- Aktion: Frauen gehen als Männer verkleidet in Reisebüros.

- Aktion in den Adler-Werken

- Protestaktionen vor Heiratsvermittlungsagenturen. "

Wir wollen keine unnötige Panik heraufbeschwören, halten es aber für wichtig, daß die Frauen, die sich hoffentlich massenhaft am Aktionstag beteiligen wollen, über diese Veröffentlichung Bescheid wissen.

FRAUEN-VV ZUM WIDERSTANDSTAG AM DONNERSTAG; 23.11.89, UM 20 UHR
IM VERSAMMLUNGSRaum, MEHRINGHOF.)

GEGEN DIE MACHT DER KAFFEEKONZERNE

Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen

Auf dem Kaffeemarkt herrscht jetzt der "freie" Wettbewerb. Seit das internationale Kaffeeabkommen (ICO) mit seinen Mengen- und Preisregulationen geplatzt ist, fallen die Rohkaffeepreise bis zu 40%.

Lange hat die Kaffeewirtschaft, die die BRD bei den Kaffeeverhandlungen berät, gegen das Kaffeeabkommen gearbeitet. Nun ist es geschafft!

Für das Weihnachtsgeschäft werden Superpreisangebote von 4,95 DM erwartet. Die VerbraucherInnen können sich freuen, die Konzernbilanzen sind hervorragend. Aber irgendjemand muß draufzahlen! Wie immer werden dies die kaffeeproduzierenden Länder und die Kaffeebauern und -bäuerinnen sein.

In der KaffEEKampagne 1985/86 wurden schon einmal die folgenden Punkte aufgegriffen:

- Wer verdient, wer zahlt?
- Kaffeeweltmarkt; Verschuldung
- Situation in den Kaffeeanbauländern
- Rolle der BRD in den ICO-Verhandlungen
- Rolle der bundesdeutschen Zoll- und (Kaffee-) Steuerpolitik
- KaffEEKonzerne
- Konzernpolitik hier (Rationalisierung, Arbeitsplatzabbau)
- Berlin-Subventionen

Um dieses und die neuesten Entwicklungen auf dem Kaffeemarkt in die Öffentlichkeit zu bringen und den politischen Hintergrund von Direktimport-Kaffee aus Nicaragua wieder in den Vordergrund zu holen, treffen sich interessierte Menschen oder/und Gruppen am

Sonntag, den 12. 11. 89

um 20.00h im Lateinamerika zentrum
Crellestr. 22, 1000 Berlin 62

um die nächsten Schritte zu planen.

Volkssport

APARTHEID DARF IN UNSEREM ALLTAG NICHT AKZEPTIERT WERDEN!

Trotz des weltweit immer stärker werdenden Widerstandes gegen das südafrikanische Apartheidsregime hat Karstadt immer noch die Unverschämtheit, in ihren Filialen Obst aus dem Rassistenstaat zu verkaufen.

Apartheid, das heißt 5 Millionen Weiße, die 26 Millionen Schwarze wie Sklaven unterdrücken und ausbeuten und aus deren Rechtlosigkeit das Kapital für ihr Luxusleben schlagen. Unter dem Druck der Kämpfe in Südafrika wäre das Rassistenregime längst gefallen, wenn es sich nicht auf das Profitinteresse der multinationalen Konzerne stützen könnte, die mit den Waren aus Südafrika überall ihre Geschäfte machen. Dadurch nehmen auch die Kaufhäuser und Lebensmittelfilialen hier und letztlich auch die KäuferInnen an der Ausbeutung teil, die durch die extremen Ausbeutungsraten in Südafrika zu niedrigen Preisen hier führen.

Um den Konflikt um die Apartheid zu entschärfen, wird gegenwärtig der Versuch unternommen, den Rassismus in Südafrika zu modernisieren. Auch in den Medien hier wird versucht, die neue Regierung von Le Klerk in ein "demokratischeres" Licht zu rücken. Aber die harte Realität der rassistischen Unterdrückung bleibt, und es ist unser aller Kampf, die Apartheid überall da anzugreifen, wo wir sie angreifen können.

In der Nacht vom 3. zum 4. November haben wir einen Brandsatz in der Karstadt-Filiale Tempelhoferdamm hochgehen lassen.

KOMMANDO GARE MIDI

P.S. Hertie geht!!! Karstadt kommt!!!

— KREUZBERG LÄSST GRÜSSEN —

DER KONFLIKT UM DIE BACKSTEINFABRIK
GEHT NICHT NUR KOSMOS WAS AN,
SONDERN ALLE, DIE GEGEN HERRSCHAFT,
BEVORMUNDUNG UND UMSTRUKTURIERUNG
SIND.

DA DIE GSG WEITERHIN DIE BACKSTEIN-
FABRIK ZWECKENTFREMDET WILL,
HABEN WIR 3 GSG GESCHÄFTSHÄUSER
MIT FARBEIERN + SPRÜHDÖSEN GEKENNZEICHNET.
JEDER SOLL SEHEN WO DIE SCHWEINE
HAUSEN.

FRANKLINSTR. 27

HOHENZOLLERNDAHM 124

DRESDENERSTR. 20

VIEL SPASS BEIM SAUBERMACHEN.

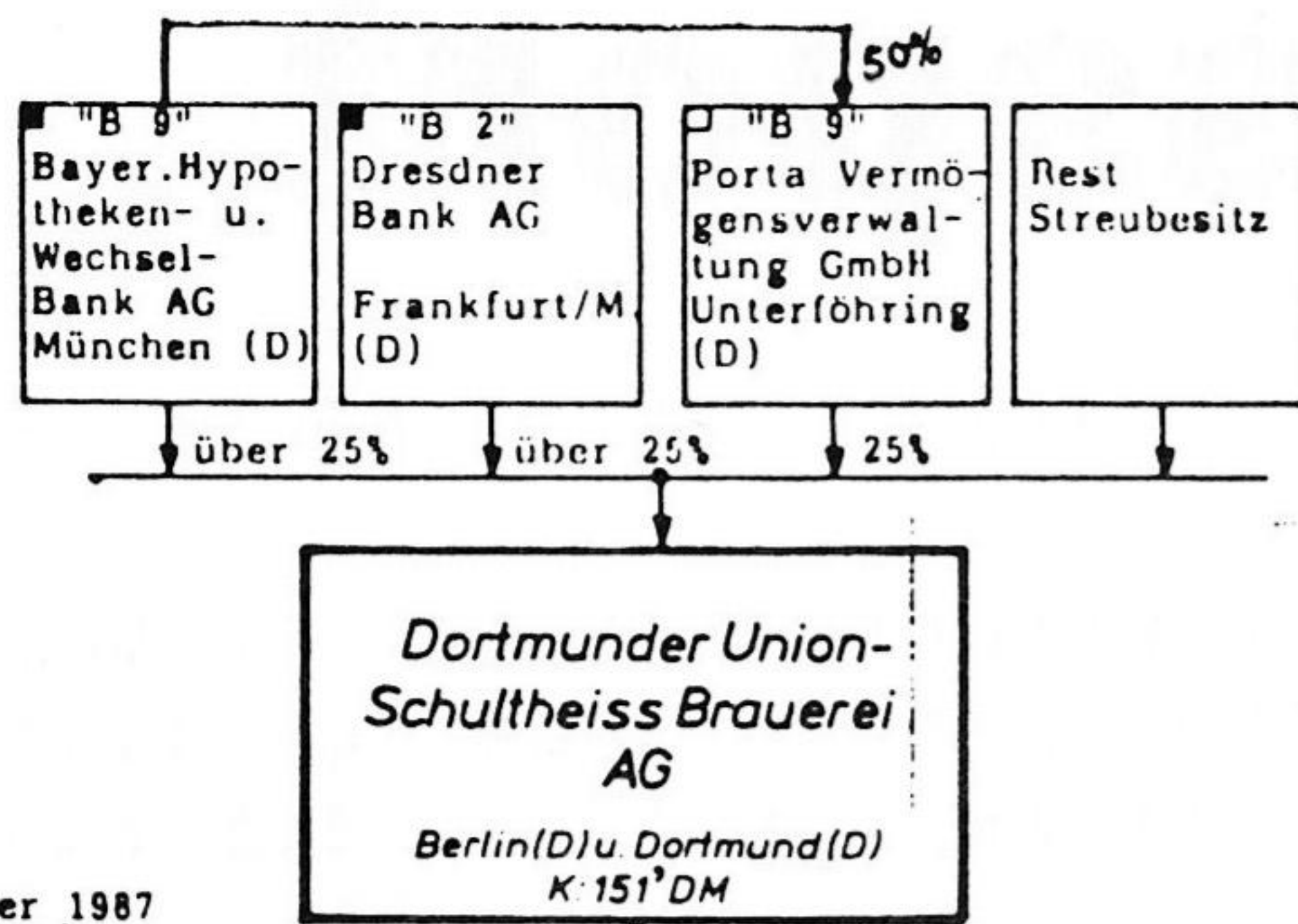
(29)

GSG

(GEGEN SPEKULANTEN GRUPPE)

PUDDING UND BIER

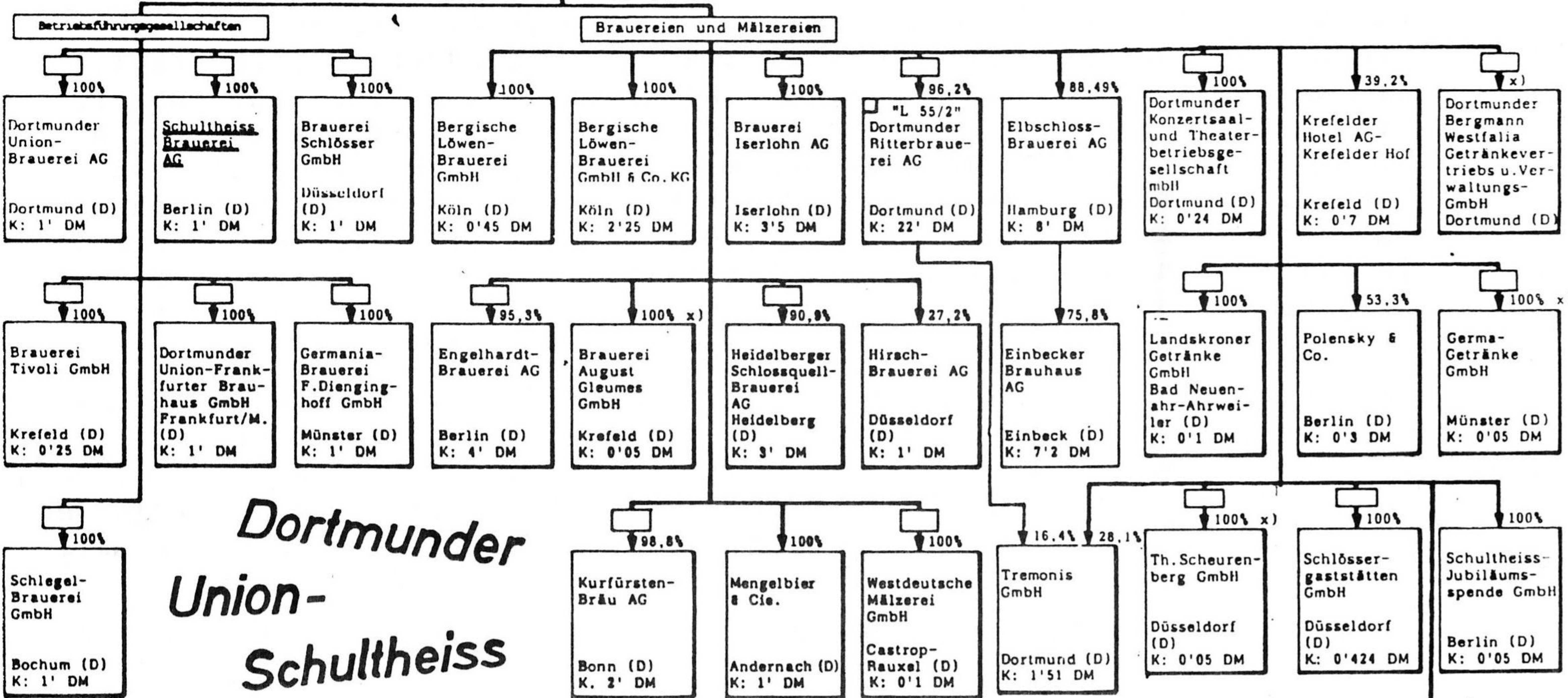
Brau und Brunnen Aktiengesellschaft vorm. Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei Aktiengesellschaft



Abgeschlossen im Dezember 1987

Konzern-Kennzahlen (Mio DM)	1983	1984	1985	1986	1987
Außenumsatz	1 198	1 151	1 145	1 186	1 141
Jahresüberschuß	24,3	17,8	22,3	10,0	18,7
Dividende + St.G. (DM je Aktie)	7+3,94	7+3,94	7+3,94	4+2,25	4+2,25
Investitionen (Sachanlagen)	115,1	97,7	122,4	115,9	117,4
Abschreibungen*)	120,2	113,1	104,6	117,7	134,7
Beschäftigte (31. 12.) (Gruppe)	6 237	5 851	5 623	5 312	4 990
(AG)	3 337	3 127	2 980	2 756	2 535

*) einschl. immaterieller Anlagewerte



Richter: Dr. Eberhard Martini, München, Vors.; Herbert Jungnickel, Berlin (stellv. Vors.); Dr. Hans-Günter Adenauer, Düsseldorf; Dietrich Bernick, Dortmund; Dr. Gerold Bezenberger, Berlin; Gerhard Exner, Kreiensen; Hans Fey, München; Helmut Freiwald, Berlin; Dr. Werner Funke, Düsseldorf; Magdalena Glagow, Berlin; Otto Kassel, Dortmund; Edmund Mayer, Hamburg; Udo van Meeteren, Düsseldorf; Walter Schmidt, Monheim; Dr. Ed Wagner, Ismaning; Dr.-Ing. Horst Witzel, Berlin

Arbeitnehmervertreter

Stand: Dr. Friedrich Ebeling, Dortmund; Jochen Buschbeck, Hamburg; Kfm. Dipl.-Brauerei-Ing. Reinhold Jahn, Dortmund

Fey, Hans:

Hans Fey, Dr. Kardinal-Faulhaber-Str. 10, 8000 München 2.
1934 in Lauingen/Donau
Mitgl.: Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, Theatinerstr. 11, 8000 München 2
Hypo-Kulturstiftung, München
Hypothekendarlehen AG, Stuttgart
Hypothekendarlehen AG, Stuttgart
Westfälische Hypothekenbank AG, Dortmund
StVdAR: Nürnberger Aufbaugesellschaft mbH, Nürnberg
AR: Fränkische Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Nürnberg
Brau und Brunnen AG, Dortmund
Graphitwerk Kropfmühl AG, München
Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH, Frankfurt
Pfälzische Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Ludwigshafen
StVdVR: KG Allgemeine Leasing GmbH & Co. Hamburg-München
VR: Hypo-Immobilien-Service GmbH, München
Beirat: Gesellschaft für Kraftwerke und öffentliche Bauten mbH, Ensdorf/Saar
Gesellschaft Kommunale Verkehrs- und Versorgungsanlagen mbH, Stuttgart
Mitgl.: des Hauptausschusses Verband deutscher Hypothekenbanken e. V., Bonn
des Hauptausschusses Bundesverband deutscher Banken e. V., Köln
des Arbeitsausschusses Bayerischer Bankenverband e. V., München

Hier noch ein paar Infos zum Schultheiss Boykott. Ein Flug reicht nicht. Bei unseren Nachforschungen hat sich herausgestellt, daß Schultheiss die größte Brauereifirma von Westdeutschland ist!

Martini, Eberhard, Dr. *31.5.1935 in Augsburg
Vorst: Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, Theatinerstr. 11, 8000 München 2
Bundesverband deutscher Banken e. V., Köln
VdVorst: Bayerischer Bankenverband e. V., München
Münchener Handelsverein, München
VdAR: Brau und Brunnen AG, Berlin und Dortmund
StVdAR: Bayerische Versicherungsbank AG, München
Westfalenbank Aktiengesellschaft, Bochum
Neue Baumwollspinnerei und Weberei Hof AG, Hof/Saale
Vogtländische Baumwollspinnerei AG, Hof/Saale
AR: Drei Mohren Aktiengesellschaft, Augsburg
Zahnradfabrik Friedrichshafen AG, Friedrichshafen
PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, Raubling
VdBeirat: MCA Martini Textil GmbH & Co. Veredelungswerke KG, Augsburg
Beirat: Berlinische Lebensversicherung AG, Wiesbaden
Spinnerei Nördlingen KG, Hof/Saale
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e. V., Nürnberg
Landeszentralbank in Bayern, München
Märker Zementwerk GmbH, Harburg
Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main
Bayerische Landesbank Girozentrale, München
Allgemeine Kreditversicherung Aktiengesellschaft, Mainz
VdVR: Martini KG und Martini & Cie., Augsburg
Mitgl.: Hauptausschuss Bundesverband deutscher Banken e. V., Köln
des Vorstandes und Arbeitsausschusses Bayerischer Bankenverband e. V., München
des Steering-Committee ABECOR Associated Banks of Europe, Brüssel
im Landeskuratorium Bayern des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Essen
des Beirats Fördererkreis Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg

Literatur: einsehbar in der AGB, Uni, Staatsbibliothek

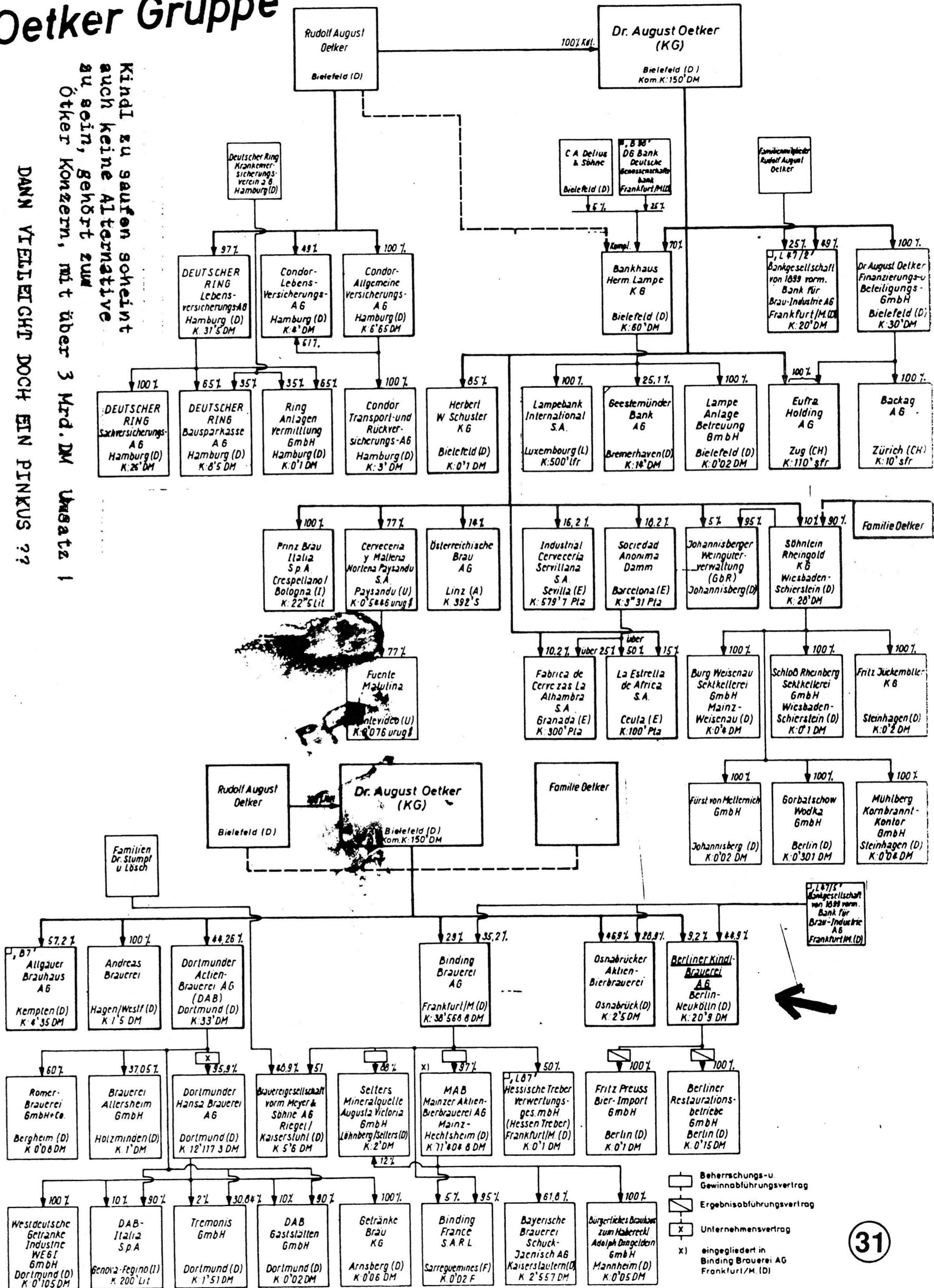
Schmake, die Großen 500

Who's Who, sowie diverse Firmenhandbücher

Oetker Gruppe

DANN VIELLEICHT DOCH EIN PINKUS ??

Kindl zu saufen scheint auch keine Alternative zu sein, gehört zum Ötcker Konzern, mit über 3 Mrd. DM Umsatz!



Der Herr, der fragt:
Der Knecht, der spricht

129a

Verfahren

gegen

ANTIFA

Maul Halten!



Zur Zeit laufen 129a Ermittlungsverfahren gegen autonome AntifaschistInnen. Zwei Menschen waren im Knast, sind jetzt bis auf weiteres aber wieder draußen (siehe auch Info 1 + 2 der Soligruppe HH und diverse Flugis zum Thema Kriminalisierung von Antifa). Der Staatsschutz ermittelt zumindest im gesamten Norddeutschen Raum (Bundesanwaltschaft und Landeskriminalämter Niedersachsen, Hamburg und Schleswig – Holstein). Sie untersuchen alle militanten Anschläge gegen Faschisten bzw. ihre Einrichtungen seit 1983 und auch Anschläge gegen staatliche und kapitalistische Einrichtungen (Daimler Benz usw.) in Norddeutschland.

Zur Zeit bauen sie ihre Konstrukte weiter aus. Der Staatsschutz observiert verstärkt. In SH gab es in den letzten Monaten 5 Anwerbeversuche vom Verfassungsschutz (VS), davon 4 in Neumünster und einen in Kiel.

Wir halten es für wahrscheinlich, daß die Polizei / Staatsanwälte / VS demnächst Leute "befragen"/vorladen werden, um ihre Konstrukte weiter auszubauen, um einzuschüchtern, zu spalten, um in unsere Strukturen reinzukommen und durchzublicken.

Wir halten es für wahrscheinlich, daß auch Leute angequastet und vorgeladen werden, die nicht direkt aus unseren Zusammenhängen kommen. Leute, mit denen wir in Bündnissen sitzen oder saßen, die vor Jahren aus der Szene raus sind, die wir "nur so" kennen, die "irgendwie auch AntifaschistInnen" sind.

Die permanenten Angriffe des Staatsapparates, gestützt unter anderem durch den 129a, auf unsere Strukturen, sei es die Verurteilung von Fritz Störin, Ingrid Strobl, die letzten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in HH, die Bauwagenräumung, Hausdurchsuchung in der Hafenstraße, erneuter Antrag auf Ganzräumung, gehen nahtlos ineinander über. Durch das andauernde herausgreifen Einzelner versuchen sie sich auch immer mehr Einblick in unser Leben zu verschaffen (auf eine Verhaftung folgen soundsovielle Ladungen, Hausdurchsuchungen usw.).

Ganz extrem war es in Folge des 2.11 in Frankfurt: Im Zusammenhang mit den Schüssen auf 2 Polizisten an der Startbahn West gab es Hausdurchsuchungen, Alibi-befragungen, um die 70 Ermittlungsverfahren nach 129/129a und 125a (schwerer Landfriedensbruch), die größtenteils eingestellt sind, Verhaftungen, bundesweite Fahndungen per Steckbrief, ca 150 Zeugen Vorladungen usw..

Denunziantentum kann nicht an Fehlern, sondern am Umgang damit, festgemacht werden.

Wir können alle jeden Tag selbst in die Situation kommen, im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens, mit einer Zeugen Vorladung konfrontiert zu werden.

Dann stehst du vor der Situation und sie versuchen dich zu zwingen, gegen deine FreundInnen auszusagen. Und wenn du da nicht mitspielst, drohen sie dir mit Knast.

Aber was wir untereinander entwickeln, was unter uns läuft, da gibt es nichts zu sagen, das geht sie nichts an.

Solidarität ist nicht nur ein Wort, das so schön klingt. Das ist Ausdruck für miteinander Umgehen, unsere Verbindungen und unser Handeln.

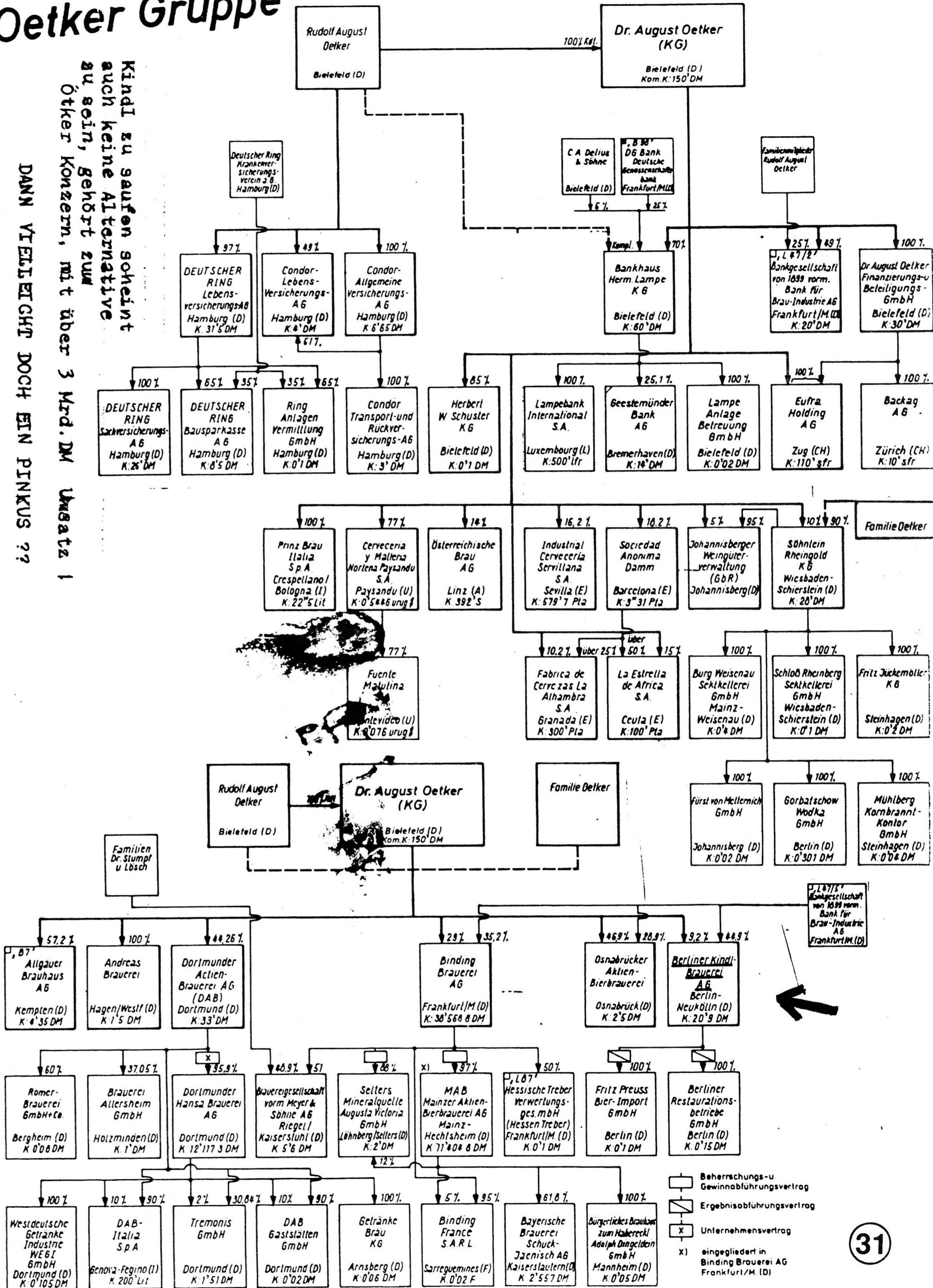
36



Oetker Gruppe

Kindl zu saufen scheint auch keine Alternative zu sein, gehört zum Ötker Konzern, mit über 3 Mrd. DM Umsatz!

DANN VIELLEICHT DOCH EIN PINKUS ??



Der Herr, der fragt:
Der Knecht, der spricht

129a Verfahren gegen Maul Halten! ANTIFA



Zur Zeit laufen 129a Ermittlungsverfahren gegen autonome AntifaschistInnen. Zwei Menschen waren im Knast, sind jetzt bis auf weiteres aber wieder draußen (siehe auch Info 1 + 2 der Soligruppe HH und diverse Flugis zum Thema Kriminalisierung von Antifa). Der Staatsschutz ermittelt zumindest im gesamten Norddeutschen Raum (Bundesanwaltschaft und Landeskriminalämter Niedersachsen, Hamburg und Schleswig – Holstein). Sie untersuchen alle militanten Anschläge gegen Faschisten bzw. ihre Einrichtungen seit 1983 und auch Anschläge gegen staatliche und kapitalistische Einrichtungen (Daimler Benz usw.) in Norddeutschland.

Zur Zeit bauen sie ihre Konstrukte weiter aus. Der Staatsschutz observiert verstärkt. In SH gab es in den letzten Monaten 5 Anwerbeversuche vom Verfassungsschutz (VS), davon 4 in Neumünster und einen in Kiel.

Wir halten es für wahrscheinlich, daß die Polizei / Staatsanwälte / VS demnächst Leute "befragen"/vorladen werden, um ihre Konstrukte weiter auszubauen, um einzuschüchtern, zu spalten, um in unsere Strukturen reinkommen und durchzublicken.

Wir halten es für wahrscheinlich; daß auch Leute angequastet und vorgeladen werden, die nicht direkt aus unseren Zusammenhängen kommen. Leute, mit denen wir in Bündnissen sitzen oder saßen, die vor Jahren aus der Szene raus sind, die wir "nur so" kennen, die "irgendwie auch AntifaschistInnen" sind.

Ganz extrem war es in Folge des 2.11 in Frankfurt: Im Zusammenhang mit den Schüssen auf 2 Polizisten an der Startbahn West gab es Hausdurchsuchungen, Alibi-befragungen, um die 70 Ermittlungsverfahren nach 129/129a und 125a (schwerer Landfriedensbruch), die größtenteils eingestellt sind, Verhaftungen, bundesweite Fahndungen per Steckbrief, ca 150 Zeuginnen Vorladungen usw..

Die permanenten Angriffe des Staatsapparates, gestützt unter anderem durch den 129a, auf unsere Strukturen, sei es die Verurteilung von Fritz Storim, Ingrid Strobl, die letzten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in HH, die Bauwagenräumung, Hausdurchsuchung in der Hafenstraße, erneuter Antrag auf Ganzräumung, gehen nahtlos ineinander über. Durch das andauernde herausgreifen Einzelner versuchen sie sich auch immer mehr Einblick in unser Leben zu verschaffen (auf eine Verhaftung folgen soundsovielle Ladungen, Hausdurchsuchungen usw.).

Denunziantentum kann nicht an Fehlern, sondern am Umgang damit, festgemacht werden.

Wir können alle jeden Tag selbst in die Situation kommen, im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens, mit einer Zeugenvorladung konfrontiert zu werden.

Dann stehst du vor der Situation und sie versuchen dich zu zwingen, gegen deine FreundInnen auszusagen. Und wenn du da nicht mitspielt, drohen sie dir mit Knast.

Aber was wir untereinander entwickeln, was unter uns läuft, da gibt es nichts zu sagen, das geht sie nichts an.

Solidarität ist nicht nur ein Wort, das so schön klingt. Das ist Ausdruck für miteinander Umgehen, unsere Verbindungen und unser Handeln.



Grundsätzlich ist scheinbar allen alles klar:
KEINE AUSSAGEN!

weil du nichts erzählen willst über deine Freundinnen und Freunde und unsere Strukturen.

weil du weißt, daß es ihr Ziel ist, uns zu trennen und kaputt zu machen, uns einzusperren.

weil du weißt, daß sie Aussagen immer gegen uns verwenden.

weil du als Zeugin schnell Angeklagte werden kannst

Wir müssen uns bewußt machen, daß sämtliche Aussagen, auch die, welche scheinbar mit der "Sache" nichts zu tun haben, über unsere Persönlichkeit, unsere Wohn- und Lebensformen, unser Einkommen, unsere Freunde und Freundinnen, Versuche sind, etwas über uns herauszufinden. Sie wollen uns in Aussagen verstricken, herausfinden, wo wir am angreifbarsten sind.

Es ist zu einfach zu sagen, daß das alles klar ist oder daß so etwas wie in Frankfurt uns hier nicht passieren kann, weil es auch davon abhängig ist, in welcher Situation sie uns treffen. Zum Beispiel:

- ☆ du fängst erst beim Erhalt einer Vorladung an, dir Gedanken zu machen, zumal du erst am Anfang der Auseinandersetzung um Aussageverweigerung stehst.
- ☆ du bist vielleicht in keinen Zusammenhängen, die dich unterstützen könnten.
- ☆ du rechnest nicht damit, daß es auch dich treffen kann.
- ☆ du siehst dich der Bedrohung durch die Ladung allein gegenübergestellt, nicht in der Lage mit deinen Ängsten und Widersprüchen umzugehen.
- ☆ du verkennst deine Stärke, meinst ohne Anwaltin und Absprache mit deinem/den betroffenen Zusammenhang zu einem Termin gehen zu können.
- ☆ du hast vielleicht Widersprüche oder ein schlechtes Gefühl zu den Aktionen oder Personen, um die es geht, aber Differenzen zwischen uns geht sie nichts an, denn Kritik und Auseinandersetzung kann konstruktiv für uns alle nur unter uns laufen.

Um "Anna und Arthur halten's Maul" wirklich durchzuführen, bedarf es einer ehrlichen Auseinandersetzung über dein und unsere Ängste, Widersprüche und Konflikte. Als nicht angepaßte, politische, zornige und nicht verwertbare Menschen sind wir mit Repression konfrontiert und bedroht. Das ist die Wirklichkeit.

Angst davor ist normal.

Wie auch im Alltag und in Beziehungen wissen wir, daß Angst blockiert und angreifbar macht. Es ist falsch, sie zuzukleistern mit Härte und mit absoluten Ansprüchen, auch gegen sich selbst. Wir denken, daß es eine Menge Möglichkeiten gibt, diese Angst in den Griff zu bekommen, um nicht von ihr bestimmt zu sein. Das heißt, uns intensiv u.a. mit Knast zu beschäftigen.

Versuchen, zu sehen, daß es drinnen weitergeht, zu lesen und zu hören, wieviele Menschen es geschafft haben, im Knast Mensch zu bleiben und zu kämpfen.

Kampagne zur Aussageverweigerung! Anna und Arthur haltens Maul! und du ...?

Sich vorstellen, du allein in der Zelle, zu sehen, wovor du dann Angst hast und mit Freundinnen darüber reden. Daß wir damit offen und offensiv umgehen, kann uns die Stärke geben, gemeinsam an Konfrontationen wie Aussageverweigerung und ihre Konsequenzen ranzugehen, zu wissen, da sind welche, die sich um dich kümmern, denen du erzählen kannst, was bei dir los ist, die dir Raum lassen, zu zweifeln.

WICHTIG ist es für uns alle, daß wenn (schon) Vorladungen und Aussagen gelaufen sind, den betreffenden Zusammenhang oder der Person Bescheid gesagt wird, um gemeinsam einen Umgang und eine Einschätzung der Situation hinzukriegen.

Gemeinsam Kraft schöpfen aus dem,

was wir wollen!

37



SCHLESWIG - HOLSTEIN

EDITION ID-ARCHIV IM IISG/AMSTERDAM

Internationales Institut für Sozialgeschichte

DURCHSUCHUNG WEGEN RADIKAL

(BRD-Adresse für ID Publikationen)

c/o AuroraA

Knobelsdorffstr.8

1000 Berlin 19

030/3227117

3.11.89

PRESSEERKLÄRUNG

Ein Interview und seine Folgen

Am 2.11.89 fand zeitgleich in Berlin und Siegen eine vom BKA inszenierte Durchsuchungsaktion bei der 'AuroraA Verlagsauslieferung', der Verlagsadresse der 'Edition ID-Archiv im IISG' sowie der 'Winddruck-Druckerei' statt. Beschlagnahmt wurden dabei Geschäftsunterlagen zu der Broschüre 'radikal 1984-1989 - Ein Interview, ein vom ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam schriftlich geführtes Interview mit einigen MacherInnen der seit 5 Jahren illegalisierten Zeitschrift RADIKAL.

In dem Beschluß des Ermittlungsrichters beim OLG Stuttgart vom 20.10.89 wird gegen die RADIKAL Nr.137/Mai 1989 nach §129a StGB wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung ermittelt.

Anlaß für die mit rund 30 Staatsschützer durchgeführten Aktion gegen die 'Edition ID-Archiv im IISG', der 'Winddruck-Druckerei' und der 'AuroraA Verlagsauslieferung' ist, daß die vom ID-Archiv herausgegebene Broschüre zusammen mit einigen Exemplaren der RADIKAL Nr.138 verschickt worden sein soll. Bemerkenswert ist die Schlußfolgerung der Ermittlungsbehörden, daß die Herausgeber des Interview identisch mit den Verfassern, Herstellern und Vertreibern der RADIKAL sein sollen. Laut Beschluß des OLG Stuttgart liegt die Annahme nahe, "daß über diesen bereits einschlägig bekannt gewordenen Verlag nicht nur die Ausgaben 'radikal 1984-1989 - Ein Interview' und RADIKAL Nr.138 vertrieben worden sind, sondern auch frühere RADIKAL-Ausgaben, insbesondere die unmittelbar erschienene und hier in Frage stehende Ausgabe Nr.137."

Nach dem gleichen Schema werden der Druckerei sowie der Verlagsauslieferung eine Mitarbeit an der RADIKAL unterstellt.

Seit 5 Jahren existiert die Zeitschrift RADIKAL trotz staatlicher Verfolgung, anscheinend genügt in diesem fall schon die inhaltliche Auseinandersetzung in der Form eines schriftlichen Interviews über Sinn und Zweck illegaler Zeitungsproduktion, um in den Verdacht zu geraten, an Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift beteiligt zu sein.

Gegen die Broschüre 'radikal 1984-1989 - Ein Interview' selbst wird nicht ermittelt. Sie ist, in der 3.Auflage, trotz Kriminalisierung und Einschüchterung weiterhin öffentlich in Buchläden erhältlich.

Edition ID-Archiv im IISG

AuroraA Verlagsauslieferung

38

P.S. Bei weiterem Interesse am Thema:

Im September erschien in der Edition ID-Archiv das Buch 'Schwarze Texte - Politische Zensur in der BRD - 1968 bis heute

Achtung:

- Zeitungen, Broschüren, Flugblätter u.a. Materialien nur an:
ID-Archiv im IISG, Cruquiusweg 31, NL-1019 Amsterdam, Tel.0031/20/6685866
- Bestellungen von ID-Publikationen und weitere Informationen an AuroraA

Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine

täglich geöffnet von 13.00-20.00: Besetztes Infocafe Lübbenerstr. 29

Di.-Do. 15.00 - 18.00 Öffnungszeiten vom A-Laden, Rathenowerstr. 22. Tel.: 394 61 67, U-Bahn Birkenstr.

Mo & Mi 15.00 - 20.00 & Fr. 13.00 - 18.00 Öffnungszeiten vom Infoladen Lunte, Weisestr. 53, 1-44.

- Do. 9.11. vor 71 Jahren: Kalle auf dem Balkon.
17.00 Kolumbien, Vortrag von Walter Aldana aus Kolumbien vom Exekutivkomitee A Luchar, El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1-61.
19.00 "Allein machen sie dich ein" Film vom Rauch-Haus-Kollektiv von '73, im El Locco.
21.00 "The pigs", "Ach Viola" und "Lokomotive Kreuzberg" 3 Filme unter dem Motto Kreuzberger Kiezkiller 1970 - 1975, im El Locco.
21.00 "Indische Frauen im Feuer", Dokufilm über den Mord an Frauen und Mädchen in Indien im Falckeladen, Falckensteinstr. 46.
22.00 Kosmos präsentiert: DO OR DIE (Amsterdam) und V-Mann Joe (Berlin). Konzert im Drugstore, Potsdamerstr. 180
21.00 + 23.00 Sicherheit in Genlaboren, B-Waffenforschung, AIDS - die Afrikalegende im Polit-Kino im KOB, Potsdamerstr. 159
jeden Do. 18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden
20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29
- Fr. 10.11. 17.30 Solidaritätsveranstaltung mit den kurdischen politischen Gefangenen in der Audi-Max TUB, U-bahn Ernst-Reuter-Platz
19.30 Neuköllner Kiezpalaver gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus, Mietwucher, Spekulation, gegen Ohnmacht, Angst und Vereinzelung. Für eine starke antifaschistische Stadteilarbeit, in der Martin-Luther-Kirche Fuldastr. 50, 1-44, U-Bahn Ratmalhaus Neukölln, Bus 41, 95.
21.00 Gegen die Kaffeekonzerne, Treffen im LAZ, Crellestr. 22.
21.00 Kiezkiller, Lesung des Buchautors Fritz Schmoll, im El Locco.
21.00 Frauen und Lesben Fest im Steps, Großbeerenstr. 64.
- Sa. 11.11. ab morgens Kindertag im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29
17.00 "Macht und Nebel", Video über die Massenvernichtung der Juden im faschistischen Deutschland und das Aufkeimen faschistoiden Gedankenguts in der BRD, im El Locco.
19.00 Macht und Sinnlichkeit, Musik und Bilder, Hörcollagen und Texte zu Frauenkämpfe von Audre Lorde, Arianne Rich, im El Locco. Nur für Frauen!!!
19.00 Veranstaltung zu den Startbahnprozessen in Ffm, mit Leuten aus Ffm, Videos, Infos und Diskussion. Dazu Volxküche im Info-Cafe Vamos, Marchstr. 23.
21.00 "Entrüstet Daimler", zur Unterstützung der bundesweiten Kampagne, im El Locco.
21.00 SchülerInnenpowerfete in der SfE, Pappnasen zwecklos, mit Musikperformance, Gneisenaustr. 2a.
- jeden Sa. Frauentag und ab 18.00 Frauenkiezcafe im Infoladen Lunte.
16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...
- So. 12.11. 17.00 Unbeschreiblich weiblich, Videofilm, Projektgruppe Lilith und Medienwerkstatt Wien, '73, im El Locco.
18.00 Weddinger Kiezküche, "Stadtteilorganisation in Kolumbien" bei Zorrows, Grüntalerstr. 38.
20.00 Veranstaltung zu Südafrika im EX, Gneisenaustr. 2a. siehe Flug in diesem Heft
21.00 Ein Leben gegen die Bürgerlichkeit - Beauvoir Simone, Video, GB, '86, im El Locco.
- jeden So 14.00 Neuköllner Kiezküche mit Film zum Thema Observation & Essen für 3 (Gefüllte Nauscherln mit Papierknödeln + Quark mit Früchten der Saison), im Syndikat, Weisestr., 1-44.
16.00 Frauenkiezküche im Falckeladen. Kinder sind erwünscht.
ab 18.00 Kiezküche im Anfall, Gneisenaustr. 64
- jeden Mo. 18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte.
20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.
- Di. 14.11. 19.00 Kreuzberger Nächte - Erster Mai 1987, Video, Zusammenstellung von BOA, '87
19.00 Offenes Plenum des Internationalistischen Zentrums, Mahlower Str. 9, U-Bhf. Boddinstr.
20.00 RoZ-Radio ohne Zensur, von Jugendlichen für Jugendliche, alle 14 Tage, diesmal: Oppositionelle Gruppen in Polen.
21.00 "Von der Revolte zur Revolution", Video, 68/69, BRD, im El Locco.
- jeden Di. 19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden
20.00 Film 888, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.
- Mi. 15.11. 9.00 Prozeß wg. Widerstand während der Räumung der Podbielskiallee im Dez. 88. Amtsgericht Tiergarten, Turmstr., Saal 322.
17.00 Kiezkiller, diverse Videofilme, BRD, 80-88 im El Locco.
19.00 "Allein machen sie dich ein" Film vom Rauch-Haus-Kollektiv von '73, im El Locco.
19.30 "Silvio Gesell - "Marx" der Anarchisten (und ich hab immer gedacht bei den AnarchistInnen gäb's nicht nur Männer. d.S.)" Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriarchalen Bodenunrecht -? Klaus Schmitt liest als Herausgeber des im Karin Kramer Verlag erschienen Buches im Buchladen O 21, Oranienstr. 22.
20.00 "Fesseln spürt wer sich wehrt", Dokufilm über das Widerstands-Hüttendorf gegen die Start-Bahn West von '81 im A-Laden.
21.00 "The pigs", "Ach Viola" und "Lokomotive Kreuzberg" 3 Filme unter dem Motto Kreuzberger Kiezkiller 1970 - 1975, im El Locco.
- jeden Mi. 17.00 "Strafvollzug in der Brd und Westberlin", autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.
- Mi./Do. 21.00 + 23.00 Gentechnik - Manipulation als Geschäft, Der Samenkrieg. Beobachtungen aus dem Agro-business, Hybridweizen, 3 Filme gegen Gentechnologie im Polit-Kino im KOB, Potsdamerstr. 159.
- Do. 16.11. 9.15 Prozeß gegen Jörn (Gefangener vom Ersten Mai), im Amtsgericht Tiergarten, Turmstr., Raum 138.
17.00 Unbeschreiblich weiblich, Videofilm, Projektgruppe Lilith und Medienwerkstatt Wien, '73, im El Locco.
19.00 "The pigs", "Ach Viola" und "Lokomotive Kreuzberg" 3 Filme unter dem Motto Kreuzberger Kiezkiller 1970 - 1975, im El Locco.
21.00 "Allein machen sie dich ein" Film vom Rauch-Haus-Kollektiv von '73, im El Locco.
- jeden Do. 20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29

Genossen! Kameraden!



was heißt hier:
40 jahre BunRDeu und DeuDemR
kwatsch
70 jahre DM kratur
jetzt reichs

rache für rosa luxemburg gustav landauer karl liebknacht
und für all die andern die folgen mußten
in den wohnungen und in den fabriken
auf den straßen und in den kz's
unter der blutigen folter und unter der weißen
wir vergessen nix
das ist der blick nach vorn im zorn

nur welche sich hier erinnern und hier einmischen dürfen dort
mit den demos heulen: das volk das sind wir!
was aber tut sich denn hier
o.k. beim iwf haben wir getrommelt
aber jetzt gucken wir video
alle gucken alle oder
dabei geht es doch hier um offene grenzen
"WIR WERDEN BERLIN ERREICHEN"
sangen die soldaten der roten armee
1943
werden wir westberlin erreichen
1989
was wollen wir denn fordern?

treffpunkte?
versammlungsräume für die wahrheitssucher der radikalen linken
besser linksherum
versammlungsfreiheit hier im westen
da stehen noch die notstandsgesetze davor
die von 68
ja da haben wir nämlich verloren
also weg mit den 68 er gesetzen
und alle andern in ihrer tradition auch der 129a
der notstand heißt heute anschlag
oder der notschlag anstand?

35 stunden woche?
immer mit mit 'm kollegen steinkühler
ja, warum nicht
aber dann weiter gelle kollege
arbeit für alle die wollen
und so viel und so wenig wie sie wollen
und die fabriken und klitschen denen die dort arbeiten
bildet echte betriebsräte!
diesmal wirklich
und westberlin
als freie produktionszone für das kapital muß fallen

35 tausend wohnungen?
ja und noch viel mehr
alle häuser denen die sie brauchen und zwar sofort
den rest der dann noch fehlt
bauen wir selber
oder wieder auf
der rest kann nicht so ville sein
wenn das pack aus den villen
ab nach dem westen macht
oder nach 'm osten je nach dem
welche clicke ihnen näher steht

zweimal 35?

die gehören doch zusammen
der kampf um die kommunen der kampf in der fabrik
das ist unsre antwort
und das können dann welche von uns
auch auf der straße vermitteln

deeskalation der bullerei?

na aber hallo!
auflösung der polizei- und militärapparate
die schweitzerinnen
machen uns doch grade vor wo's lang geht
BRDee ohne armee
wenn die kasernen verschwinden verschwinden
auch die knäste und anstalten
das wollen wir doch oder
aber nicht vergessen die nato zu zerschlagen
ist auch noch offen geblieben
vom vietnamkongreß
na und atomtech hightech gentech
haut sie weg - sowieso

freie schulen und ein wenig bildung für alle?

bilden wir uns doch erstmal selber
mit gramsci und lenin
gut aber
was tat rosa luxemburg
und was beredeten emma goldman und sascha berkman mit lenin
die haben ihn doch besucht
und warum schüme antonio gramsci so
auf errico malatesta den alten
sind doch beide im faschoknast gelandet
unter dem duce mussolini
bildung heißt aus der geschichte lernen
und wo es grade um antonio ging
wann bauen die kulturschaffenden endlich
unsre barrikaden

pressefreiheit?

drüben? schluß hier!
mit der zensur gegen links
das geht doch schon so seit 70
ach was seit 111 jahren
schwarze texte lassen grüßen
die wußten doch damals 1919
daß sie das
berliner zeitungsviertel besetzen müssen
und heute?
die pressebosse und das kollektiv
wären entmachtet
nein nicht liquidiert
das ist doch das handwerkszeug der rechten

es gibt viel zu tun!

wenn wir es anpacken tätn bräuchten wir nicht zu schielen
verschämt auf den trikont
wann es endlich losbricht von dort
diesen internationalismus brauchen wir nicht
neu ist er auch nicht
wir wollen den echten
und eduardo galeano
hat uns doch mut gemacht
vorriges jahr
zu wut und witz und widerstand

unvollständige liste sagt ihr?

ich weiß
und die forderungen der hexen fehlen na klar
die fordern sie selber
und dann wirts nochmal mulmig für uns
und unsre träume

dennoch

trotzt alledem!

senna hoy
(ein rufer in der wüste)

Berlin, den 30. Oktober 1989

**Der Vollzugsrat
des Arbeiter- und Soldatenrates.**

**Der Vollzugsrat des
Arbeiter- u. Soldatenrates Groß-Berlin.**